

ANHANG I:

ALLGEMEINE BEDINGUNGEN FÜR AUS DEM EU-HAUSHALT BZW. DEM EUROPÄISCHEN ENTWICKLUNGSFONDS FINANZIERTE DIENSTLEISTUNGSVERTRÄGE

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITENDE BESTIMMUNGEN.....	3
ARTIKEL 1	Begriffsbestimmungen3
ARTIKEL 2	Mitteilungen3
ARTIKEL 3	Übertragung.....3
ARTIKEL 4	Vergabe von Unteraufträgen4
PFLICHTEN DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS.....	6
ARTIKEL 5	Bereitstellung von Informationen.....6
ARTIKEL 6	Unterstützung hinsichtlich der örtlichen Vorschriften.....6
PFLICHTEN DES AUFTRAGNEHMERS	6
ARTIKEL 7	Allgemeine Verpflichtungen6
ARTIKEL 8	Verhaltensregeln7
ARTIKEL 9	Interessenkonflikt9
ARTIKEL 10	Verwaltungsrechtliche und finanzielle Sanktionen.....11
ARTIKEL 11	Spezifikationen und Entwürfe.....11
ARTIKEL 12	Entschädigung11
ARTIKEL 13	Gesundheits-, Versicherungs- und Sicherheitsbestimmungen12
ARTIKEL 14	Rechte an geistigem und gewerblichem Eigentum14
ART DER DIENSTLEISTUNGEN.....	15
ARTIKEL 15	Umfang der Dienstleistungen.....15
ARTIKEL 16	Personal und Anlagen.....15
ARTIKEL 17	Auswechslung von Mitarbeitern16
ARTIKEL 18	Praktikanten.....17
VERTRAGSERFÜLLUNG	18
ARTIKEL 19	Verzögerungen bei der Durchführung der Aufgaben.....18
ARTIKEL 20	Änderung des Vertrags.....18
ARTIKEL 21	Arbeitsstunden.....20
ARTIKEL 22	Urlaubsanspruch.....20
ARTIKEL 23	Informationen20
ARTIKEL 24	Aufzeichnungen20
ARTIKEL 25	Prüfungen und Kontrollen durch Einrichtungen der Europäischen Union 21
ARTIKEL 26	Zwischen- und Abschlussberichte.....22
ARTIKEL 27	Genehmigung von Berichten und Dokumenten22
ZAHLUNG UND EINZIEHUNG VON FORDERUNGEN.....	23
ARTIKEL 28	Ausgabenprüfung23
ARTIKEL 29	Zahlung und Zinsen bei Zahlungsverzug23
ARTIKEL 30	Sicherheitsleistung26
ARTIKEL 31	Einziehung von Forderungen beim Auftragnehmer27
ARTIKEL 32	Preisanpassung27
ARTIKEL 33	Zahlung an Dritte27

VERTRAGSBRUCH, AUSSETZUNG UND BEENDIGUNG	28
ARTIKEL 34 Vertragsbruch	28
ARTIKEL 35 Aussetzung des Vertrags	28
ARTIKEL 36 Kündigung durch den öffentlichen Auftraggeber	29
ARTIKEL 37 Kündigung durch den Auftragnehmer.....	31
ARTIKEL 38 Höhere Gewalt.....	31
ARTIKEL 39 Tod	32
STREITBEILEGUNG UND ANWENDBARES RECHT.....	33
ARTIKEL 40 Streitbeilegung	33
ARTIKEL 41 Anwendbares Recht.....	33
ARTIKEL 42 Datenschutz	33

EINLEITENDE BESTIMMUNGEN

ARTIKEL 1 BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- 1.1 Die in diesen Allgemeinen Bedingungen enthaltenen Überschriften und Titel gelten nicht als Bestandteil dieser Bestimmungen und sind bei der Auslegung des Vertrags nicht zu berücksichtigen.
- 1.2 Nach Maßgabe des Zusammenhangs schließen Wörter, die in der Einzahl stehen, die Mehrzahl ein und umgekehrt; im gleichen Sinne schließt die männliche Form eines Wortes die weibliche Form ein und umgekehrt.
- 1.3 Das Wort „Land“ schließt den Staat oder das Hoheitsgebiet ein.
- 1.4 Wörter, die Personen oder Parteien bezeichnen, schließen Firmen und Gesellschaften sowie andere rechtsfähige Einrichtungen ein.
- 1.5 Die in den vorliegenden Allgemeinen Bedingungen verwendeten Begriffsbestimmungen sind im „Glossar“, Anhang A1 des Handbuchs für Vergabeverfahren im Rahmen von EU-Außenmaßnahmen aufgeführt, welches integraler Bestandteil dieses Vertrags ist.

ARTIKEL 2 MITTEILUNGEN

- 2.1 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, werden schriftliche Mitteilungen im Zusammenhang mit diesem Vertrag zwischen dem öffentlichen Auftraggeber oder dem Projektmanager einerseits und dem Auftragnehmer andererseits unter Angabe der Vertragsbezeichnung und der Identifikationsnummer auf dem Postweg, telegrafisch, fernschriftlich, per Fax oder E-Mail an die zu diesem Zweck von ihnen bezeichneten Anschriften gesendet oder dort persönlich abgegeben.
- 2.2 Verlangt der Absender eine Empfangsbestätigung, so gibt er dies in seiner Mitteilung an; wenn für den Eingang der Mitteilung eine Frist festgesetzt ist, muss er eine Empfangsbestätigung verlangen. Auf jeden Fall trifft der Absender alle erforderlichen Maßnahmen, um den rechtzeitigen Empfang seiner Mitteilung sicherzustellen.
- 2.3 Sind im Auftrag Aufforderungen, Einwilligungen, Genehmigungen, Bescheinigungen oder Entscheidungen vorgesehen, so bedürfen diese, sofern nichts anderes festgelegt ist, der Schriftform, und die Begriffe „auffordern“, „einwilligen“, „genehmigen“, „bescheinigen“ bzw. „entscheiden“ sind entsprechend auszulegen. Derartige Einwilligungen, Genehmigungen, Bescheinigungen oder Entscheidungen dürfen nicht unbegründet zurückgehalten oder verspätet zugestellt werden.
- 2.4 Mündliche Weisungen oder Anordnungen sind schriftlich zu bestätigen.

ARTIKEL 3 ÜBERTRAGUNG

- 3.1 Eine Übertragung ist nur in Form eines schriftlichen Vertrags gültig, durch den der Auftragnehmer seinen Auftrag ganz oder zum Teil auf einen Dritten überträgt.
- 3.2 Der Auftragnehmer darf ohne die vorherige schriftliche Genehmigung des öffentlichen Auftraggebers den Auftrag oder Teile des Auftrags oder einen aus dem Auftrag erwachsenden Nutzen oder Anspruch nicht übertragen, es sei denn, im Falle

- eines besonderen Rechts zugunsten des Kreditinstituts des Auftragnehmers an vertragsgemäß fälligen oder fällig werdenden Zahlungen oder
 - (b) einer Übertragung der Schadenersatzansprüche des Auftragnehmers gegenüber haftenden Dritten auf die Versicherer des Auftragnehmers, wenn die Versicherer die Verluste oder Verbindlichkeiten des Auftragnehmers übernommen haben.
- 3.3 Im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 entbindet die Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers zu einer Übertragung den Auftragnehmer nicht von seinen Verpflichtungen in Bezug auf den bereits ausgeführten Teil des Auftrags oder den nicht übertragenen Teil.
- 3.4 Hat der Auftragnehmer seinen Auftrag ohne Genehmigung übertragen, so kann der öffentliche Auftraggeber den Vertrag kündigen.
- 3.5 Unternehmen, auf die Aufträge übertragen werden, müssen den für die Vergabe des Auftrags geltenden Zulassungskriterien genügen und dürfen nicht unter die in den Ausschreibungsunterlagen genannten Ausschlusskriterien fallen.

ARTIKEL 4 VERGABE VON UNTERAUFTRÄGEN

- 4.1 Ein Unterauftrag ist nur in Form eines schriftlichen Vertrags gültig, durch den der Auftragnehmer einem Dritten seinen Auftrag ganz oder zum Teil zur Durchführung überlässt. Dabei werden einzelne für das Projekt unter Vertrag genommene Hauptsachverständige oder beigeordnete Sachverständige nicht als Unterauftragnehmer angesehen.
- 4.2 Der Auftragnehmer holt die Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers zur Vergabe von Unteraufträgen ein. In dem Ersuchen sind die mittels Unterauftrag zu vergebenden Elemente des Auftrags und die Identität der Unterauftragsnehmer anzugeben. Der öffentliche Auftraggeber gibt dem Auftragnehmer binnen 30 Tagen nach Erhalt des Ersuchens seine Entscheidung bekannt, die mit einer Begründung zu versehen ist, wenn er die Genehmigung nicht erteilt.
- 4.3 Zwischen einem Unterauftragnehmer und dem öffentlichen Auftraggeber werden durch die Vergabe des Unterauftrags keine vertraglichen Beziehungen hergestellt.
- 4.4 Der Auftragnehmer haftet für die Handlungen, Versäumnisse und Unterlassungen seiner Unterauftragnehmer und deren Sachverständigen, Bevollmächtigten oder Beschäftigten als handelte es sich um die Handlungen, Versäumnisse oder Unterlassungen des Auftragnehmers bzw. seiner Sachverständigen, Bevollmächtigten oder Mitarbeiter. Die vom öffentlichen Auftraggeber erteilte Genehmigung der Vergabe eines Teils des Auftrags oder der Ausführung eines Teils der Dienstleistungen durch den Unterauftragnehmer entbindet den Auftragnehmer von keiner seiner Verpflichtungen im Rahmen des Auftrags.
- 4.5 Stellt der öffentliche Auftraggeber oder der Projektmanager fest, dass ein Unterauftragnehmer nicht imstande ist, seine Aufgaben auszuführen, so kann der öffentliche Auftraggeber oder der Projektmanager unverzüglich verlangen, dass der Auftragnehmer ersatzweise einen Unterauftragnehmer stellt, dessen Qualifikationen und Erfahrung für den öffentlichen Auftraggeber annehmbar sind, oder dass er die Durchführung der Aufgaben selber übernimmt.
- 4.6 Unterauftragnehmer müssen den für die Vergabe des Auftrags geltenden Zulassungskriterien genügen und dürfen nicht unter die in den Ausschreibungsunterlagen genannten Ausschlusskriterien fallen.

- 4.7 Sofern mit dem öffentlichen Auftraggeber nicht anders vereinbart, können die vom Auftragnehmer auf einen Unterauftragnehmer übertragenen Dienstleistungen von diesem nicht auf Dritte übertragen werden.
- 4.8 Schließt der Auftragnehmer einen Unterauftrag ohne Genehmigung, so kann der öffentliche Auftraggeber den Vertrag kündigen.

PFLICHTEN DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS

ARTIKEL 5 BEREITSTELLUNG VON INFORMATIONEN

- 5.1 Der öffentliche Auftraggeber liefert dem Auftragnehmer unverzüglich jede ihm verfügbare Information und/oder Dokumentation, die für die Erfüllung des Vertrags sachdienlich sein kann. Die betreffenden Unterlagen sind dem öffentlichen Auftraggeber nach Abschluss der Arbeiten zurückzugeben.
- 5.2 Der öffentliche Auftraggeber arbeitet mit dem Auftragnehmer zusammen, um die Informationen bereitzustellen, die Letzterer billigerweise zur Erfüllung des Vertrags verlangen kann.
- 5.3 Der öffentliche Auftraggeber teilt dem Auftragnehmer schriftlich den Namen und die Anschrift des Projektmanagers mit.

ARTIKEL 6 UNTERSTÜTZUNG HINSICHTLICH DER ÖRTLICHEN VORSCHRIFTEN

- 6.1 Der Auftragnehmer kann den öffentlichen Auftraggeber des Empfängerlandes ersuchen, ihn bei der Beschaffung der Texte von Gesetzen, Vorschriften und Informationen über die örtlichen Gebräuche, Anordnungen oder Verordnungen des Landes, in dem die Dienstleistungen zu erbringen sind, zu unterstützen, die sich auf den Auftragnehmer bei der Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen auswirken könnten. Der öffentliche Auftraggeber kann dem Auftragnehmer auf dessen Kosten die erbetene Unterstützung gewähren.
- 6.2 Vorbehaltlich der für ausländische Arbeitskräfte geltenden Gesetze und Vorschriften des Landes, in dem die Dienstleistungen erbracht werden sollen, leistet der öffentliche Auftraggeber dem Auftragnehmer auf dessen Ersuchen angemessene Unterstützung, um Visa und Genehmigungen einschließlich der Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für die Arbeitskräfte, deren Einsatz der Auftragnehmer und der öffentliche Auftraggeber für erforderlich halten, sowie Aufenthaltsgenehmigungen für die Familien der Arbeitskräfte zu beantragen.

PFLICHTEN DES AUFTRAGNEHMERS

ARTIKEL 7 ALLGEMEINE VERPFLICHTUNGEN

- 7.1 Der Auftragnehmer führt den Auftrag mit der gebotenen Umsicht, Effizienz und Sorgfalt nach Maßgabe der besten beruflichen Gepflogenheiten aus.
- 7.2 Der Auftragnehmer hält vom Projektmanager erlassene Verwaltungsanweisungen ein. Ist er der Auffassung, dass die Anforderungen einer Verwaltungsanweisung die Befugnisse des Projektmanagers oder den Geltungsbereich des Vertrags überschreiten, so teilt er dies dem Projektmanager unter Angabe von Gründen mit. Erfolgt die Mitteilung des Auftragnehmers nicht binnen 30 Tagen nach Erhalt der Anweisung, so hat er sein Mitteilungsrecht verwirkt. Die Ausführung der Verwaltungsanweisung sollte wegen dieser Mitteilung nicht ausgesetzt werden.
- 7.3 Der Auftragnehmer legt dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen unverzüglich Informationen und Unterlagen zu den Umständen der Ausführung des Vertrags vor.

- 7.4 Der Auftragnehmer hat alle geltenden Gesetze und Vorschriften des Empfängerlandes einzuhalten und zu beachten und dafür Sorge zu tragen, dass sein Personal, dessen Angehörige sowie seine örtlichen Beschäftigten diese Gesetze und Vorschriften ebenfalls einhalten und beachten. Der Auftragnehmer entschädigt den öffentlichen Auftraggeber im Falle von Ansprüchen und Verfahren infolge einer Übertretung dieser Gesetze und Vorschriften durch den Auftragnehmer, seine Beschäftigten und deren Angehörige.
- 7.5 Wird die Vertragserfüllung mittelbar oder unmittelbar durch unvorhergesehene Ereignisse, Handlungen oder Unterlassungen teilweise oder vollständig behindert, so stellt der Auftragnehmer dies umgehend von sich aus fest und meldet es dem öffentlichen Auftraggeber. Dabei muss er das Problem beschreiben, angeben, wann es eingetreten ist, und mitteilen, welche Abhilfemaßnahmen er getroffen hat, um seinen vertraglichen Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen. Der Auftragnehmer bemüht sich vorrangig um die Beseitigung des Problems und nicht um die Klärung der Haftungsfrage.
- 7.6 Vorbehaltlich Artikel 7 Absatz 8 verpflichtet sich der Auftragnehmer, im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung stehende Informationen oder Unterlagen streng vertraulich zu behandeln und ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers weder anderweitig zu verwenden noch an Dritte weiterzugeben. Diese Verpflichtung besteht auch nach Abschluss der Aufgaben fort; der Auftragnehmer erwirkt dieselbe Verpflichtung von jedem Mitglied seines Personals.
- 7.7 Ist der Auftragnehmer ein Joint Venture oder Konsortium von zwei oder mehr Personen, so haften diese Personen gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der Vertragsbestimmungen. Die Person, die vom Konsortium ernannt wurde, um für die Zwecke dieses Vertrags in seinem Namen zu handeln, kann rechtsverbindlich für das Konsortium handeln und ist für sämtliche vertraglichen und finanziellen Aspekte der alleinige Ansprechpartner. Die Zusammensetzung oder die Satzung des Joint Ventures oder des Konsortiums darf ohne vorherige Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers nicht geändert werden. Jegliche Änderung der Zusammensetzung des Konsortiums ohne vorherige schriftliche Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers kann zur Kündigung des Vertrags führen.
- 7.8 Sofern die Europäische Kommission keine anderslautenden Forderungen stellt oder Vereinbarungen trifft, muss der Auftragnehmer die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den Finanzbeitrag der EU in geeigneter Weise öffentlich bekanntzumachen. Diese Maßnahmen entsprechen den Vorschriften des von der Europäischen Kommission veröffentlichten Handbuchs für Kommunikation und Sichtbarkeit bei EU-Außenmaßnahmen.
- 7.9 Alle Aufzeichnungen werden ab dem Zeitpunkt der Abschlusszahlung zu dem Vertrag für einen Zeitraum von sieben Jahren aufbewahrt. Diese Unterlagen umfassen sämtliche Unterlagen zu Einnahmen und Ausgaben und Beständen, welche erforderlich sind, um die Belege zu prüfen, einschließlich Zeiterfassungsbögen, Flugtickets und Fahrkarten, Gehaltsabrechnungen für die an die Sachverständigen gezahlten Vergütungen sowie Rechnungen bzw. Belege zu Nebenkosten. Werden solche Aufzeichnungen nicht aufbewahrt, kann dies zu einer Kündigung des Vertrags führen.

ARTIKEL 8 VERHALTENSREGELN

- 8.1 Der Auftragnehmer handelt stets unparteiisch und als loyaler Berater in Einklang mit dem Verhaltenskodex seines Berufsstandes sowie mit angemessener Verschwiegenheit. Er gibt ohne vorherige Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers keine öffentlichen Erklärungen zu dem Projekt oder den Dienstleistungen ab. Er ist nicht befugt, den öffentlichen Auftraggeber ohne dessen vorherige schriftliche Zustimmung in irgendeiner Weise zu binden, und hat diese Verpflichtung Dritten gegenüber klarzustellen.

- 8.2 Der Auftragnehmer und seine Mitarbeiter achten die Menschenrechte und verpflichten sich, die politischen, kulturellen und religiösen Bräuche des Landes, in dem die Dienstleistungen erbracht werden sollen, nicht zu verletzen.
- 8.3 Der Auftragnehmer hält international vereinbarte Kernarbeitsnormen wie die einschlägigen Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ein (z. B. die Übereinkommen zur Versammlungsfreiheit und zu Tarifverhandlungen, zur Abschaffung von Zwangs- oder Pflichtarbeit, zur Abschaffung jeglicher Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf sowie zur Abschaffung der Kinderarbeit).

- 8.4 Der Auftragnehmer, seine Unterauftragnehmer, Bevollmächtigten oder Mitarbeiter dürfen die ihnen anvertraute Macht nicht zur Erlangung privater Vorteile missbrauchen. Der Auftragnehmer, seine Unterauftragnehmer, Bevollmächtigten oder Mitarbeiter dürfen weder Geschenke, Zuwendungen, Provisionen oder Gegenleistungen einer Person als Anreiz oder Belohnung annehmen oder sich bereit erklären, diese anzunehmen, noch dürfen sie diese einer Person als Anreiz oder Belohnung anbieten oder sich bereit erklären, ihr diese zukommen zu lassen oder zu beschaffen, damit eine Handlung im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung unternommen oder unterlassen wird oder damit eine Person im Zusammenhang mit dem Auftrag benachteiligt oder begünstigt wird. Der Auftragnehmer beachtet die geltenden Gesetze und Vorschriften im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Bestechung und Korruption.
- 8.5 Die Ausführung des Vertrags darf keinen Anlass für außerordentliche Geschäftsausgaben geben. Die vertraglich vereinbarte Vergütung des Auftragnehmers stellt die alleinige Vergütung im Zusammenhang mit dem Vertrag dar. Der Auftragnehmer und seine Mitarbeiter dürfen keine Tätigkeit ausüben und keine Vorteile annehmen, die mit ihren vertraglichen Pflichten in Widerspruch stehen.
- 8.6 Sofern er dies für notwendig erachtet, kann der öffentliche Auftraggeber Unterlagen prüfen und an Ort und Stelle Kontrollen vornehmen, um Beweise für vermutete außerordentliche Geschäftsausgaben zu sammeln.

ARTIKEL 9 INTERESSENKONFLIKT

- 9.1 Der Auftragnehmer trifft alle nötigen Vorkehrungen, um eine Situation zu vermeiden oder zu beenden, die eine unparteiische und objektive Vertragserfüllung beeinträchtigen könnte. Ein Interessenkonflikt kann sich insbesondere aus einem wirtschaftlichen Interesse, aus politischer Affinität oder nationalen Bindungen, familiären oder freundschaftlichen Beziehungen sowie sonstigen Interessenverquickungen ergeben. Ergeben sich im Zuge der Vertragserfüllung derartige Interessenkonflikte, so werden diese dem öffentlichen Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitgeteilt. Der Auftragnehmer trifft unverzüglich alle nötigen Vorkehrungen, um etwaige Interessenkonflikte zu beenden.
- 9.2 Der öffentliche Auftraggeber behält sich vor, die in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen auf ihre Angemessenheit hin zu prüfen und erforderlichenfalls zusätzliche Maßnahmen zu verlangen. Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass seine Mitarbeiter und Geschäftsleitung nicht in einen Interessenkonflikt geraten. Unbeschadet seiner vertraglichen Verpflichtungen ersetzt der Auftragnehmer umgehend und ohne jegliche Entschädigung durch den öffentlichen Auftraggeber jeden Mitarbeiter, der sich in einer derartigen Situation befindet.
- 9.3 Der Auftragnehmer hat von Beziehungen Abstand zu nehmen, die seine Unabhängigkeit oder die seines Personals gefährden könnten.
- 9.4 Der Auftragnehmer beschränkt seine Rolle im Zusammenhang mit dem Projekt auf die Bereitstellung der im Vertrag beschriebenen Dienstleistungen.
- 9.5 Der Auftragnehmer sowie alle im Rahmen der Vertragserfüllung unter seiner Weisungsbefugnis oder Kontrolle arbeitenden oder mit anderen Tätigkeiten befassten Personen dürfen keinen Zugang zu anderen Finanzmitteln aus dem EU-Haushalt/aus dem EEF haben, welche unter demselben Projekt verfügbar sind. Der Auftragnehmer darf jedoch mit der schriftlichen Genehmigung des öffentlichen Auftraggebers an dem Projekt teilnehmen, wenn er nachweisen kann, dass seine Einbindung in frühere Phasen des Projekts keinen unlauteren Wettbewerb darstellt.
- 9.6 Beamte und sonstige Bedienstete aus der öffentlichen Verwaltung des Landes, in dem die Dienstleistungen erbracht werden sollen, dürfen unabhängig von ihrem

verwaltungsrechtlichen Status nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Europäischen Kommission als Sachverständige verpflichtet werden.

ARTIKEL 10 VERWALTUNGSRECHTLICHE UND FINANZIELLE SANKTIONEN

- 10.1 Unbeschadet der Anwendung anderer im Vertrag vorgesehenen Rechtsmittel können Auftragnehmer, die falsche Erklärungen abgeben, wesentliche Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug begangen oder ihre Vertragspflichten in schwerwiegender Weise verletzt haben, für eine Höchstdauer von fünf Jahren, gerechnet ab dem Zeitpunkt, zu dem der Verstoß begangen wurde, der nach Anhörung des Auftragnehmers zu bestätigen ist, im Einklang mit den maßgeblichen EU-Haushaltsvorschriften von allen EU-finanzierten Aufträgen oder Zuschüssen ausgeschlossen werden. Bei Rückfälligkeit innerhalb von fünf Jahren nach dem ersten Verstoß kann die Ausschlussdauer auf zehn Jahre heraufgesetzt werden.
- 10.2 Zusätzlich oder alternativ zu der verwaltungsrechtlichen Sanktion gemäß Artikel 10 Absatz 1 können außerdem finanzielle Sanktionen in Höhe von 2 bis 10 % des Gesamtauftragswerts gegen den Auftragnehmer verhängt werden. Bei Rückfälligkeit innerhalb von fünf Jahren nach dem ersten Verstoß kann dieser Satz auf 4 bis 20 % angehoben werden.
- 10.3 Ist der öffentliche Auftraggeber berechtigt, finanzielle Sanktionen zu verhängen, so kann er die betreffende Summe von den dem Auftragnehmer geschuldeten Beträgen oder von der betreffenden Sicherheitsleistung abziehen.

ARTIKEL 11 SPEZIFIKATIONEN UND ENTWÜRFE

- 11.1 Der Auftragnehmer bereitet alle Spezifikationen und Entwürfe vor und verwendet dabei akzeptierte, allgemein anerkannte und für den öffentlichen Auftraggeber annehmbare Systeme und trägt den neuesten Ausführungskriterien Rechnung.
- 11.2 Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass die Spezifikationen und Entwürfe und alle mit der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen für das Projekt zusammenhängenden Unterlagen in unparteiischer Weise vorbereitet werden, um den Wettbewerb der Anbieter zu fördern.

ARTIKEL 12 ENTSCHÄDIGUNG

- 12.1 Der Auftragnehmer hat auf eigene Kosten den öffentlichen Auftraggeber und seine Bevollmächtigten und Mitarbeiter für alle Klagen, Ansprüche, Verluste oder Schäden zu entschädigen bzw. sie dagegen zu schützen und zu verteidigen, die durch seine Handlungen oder Unterlassungen bei der Erbringung der Dienstleistungen entstehen; dies gilt auch für den Fall, dass er gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt oder Rechte Dritter in Bezug auf Patente, Marken oder sonstige Formen geistigen Eigentums wie z. B. Urheberrechte verletzt.
- 12.2 Der Auftragnehmer hat auf eigene Kosten den öffentlichen Auftraggeber, seine Bevollmächtigten und Mitarbeiter für alle Klagen, Ansprüche, Verluste oder Schäden zu entschädigen bzw. sie dagegen zu schützen und zu verteidigen, die aus der Vertragserfüllung durch den Auftragnehmer entstehen, wobei
 - a) der Auftragnehmer über solche Klagen, Ansprüche, Verluste oder Schäden spätestens 30 Tage, nachdem der öffentliche Auftraggeber von diesen Kenntnis erhalten hat, zu unterrichten ist;
 - b) der Höchstbetrag der Haftung des Auftragnehmers gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber auf den Auftragswert beschränkt wird und dieser Höchstbetrag nicht für Verluste oder Schäden gegenüber Dritten gilt, die durch den Auftragnehmer oder dessen vorsätzliches Fehlverhalten entstehen;

- c) die Haftung des Auftragnehmers auf Klagen, Ansprüche, Verluste oder Schäden beschränkt wird, die unmittelbar durch die Nichterfüllung seiner Vertragsverpflichtungen entstehen, und keine Haftung einschließt, die aufgrund von unvorhersehbaren Vorkommnissen entsteht, welche ihrerseits eine zufällige oder mittelbare Folge dieser Nichterfüllung sind.
- 12.3 Der Auftragnehmer behebt auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers alle Mängel im Zusammenhang mit der Erbringung der Dienstleistungen auf eigene Kosten, soweit er seine vertraglichen Verpflichtungen nicht eingehalten hat.
- 12.4 Der Auftragnehmer trägt keinerlei Haftung für Klagen, Ansprüche, Verluste oder Schäden, die dadurch entstehen, dass
- a) der öffentliche Auftraggeber auf eine Empfehlung des Auftragnehmers hin nicht tätig wird oder sich über eine Handlung, Entscheidung oder Empfehlung des Auftragnehmers hinwegsetzt oder diesen anweist, eine Entscheidung oder Empfehlung umzusetzen, mit der der Auftragnehmer nicht einverstanden ist oder zu der er einen schwerwiegenden Vorbehalt anmeldet, oder
 - b) die Anweisungen des Auftragnehmers von Bevollmächtigten, Mitarbeitern oder unabhängigen Auftragnehmern des öffentlichen Auftraggebers mangelhaft ausgeführt werden.
- 12.5 Der Auftragnehmer haftet auch nach Abschluss der Dienstleistungen während eines Zeitraums, der nach dem für den Vertrag geltenden Recht festgelegt werden kann, für Verstöße gegen seine Vertragsverpflichtungen.

ARTIKEL 13 GESUNDHEITS-, VERSICHERUNGS- UND SICHERHEITS-BESTIMMUNGEN

- 13.1 Der öffentliche Auftraggeber kann verlangen, dass sich der Auftragnehmer und/oder sein für die Dienstleistungen eingesetztes Personal einer ärztlichen Untersuchung durch einen qualifizierten praktischen Arzt unterziehen, bevor sie ihren gewöhnlichen Wohnort verlassen, und der Auftragnehmer legt dem öffentlichen Auftraggeber so bald wie möglich eine ärztliche Bescheinigung vor, aus der hervorgeht, ob die Mitarbeiter in der Lage sind, die verlangten Leistungen zu erbringen.
- 13.2 Der Auftragnehmer weist für sich selbst und für andere von ihm im Rahmen des Vertrags beschäftigte oder vertraglich verpflichtete Personen nach, dass sie für die Dauer der Durchführung der Arbeiten krankenversichert sind. Der öffentliche Auftraggeber trägt keine Haftung hinsichtlich der Krankenkosten des Auftragnehmers.
- 13.3 Der Auftragnehmer schließt binnen 20 Tagen nach Vertragsunterzeichnung eine umfassende Haftpflichtversicherung über einen Betrag bis zum von der Gesetzgebung des Empfängerlandes oder von der Gesetzgebung des Landes, in dem der Auftragnehmer seinen Hauptsitz hat, vorgesehenen Höchstbetrag (je nachdem, welches der höhere Betrag ist) ab und behält diese bei. Sie muss für die gesamte Dauer der Durchführung der Arbeiten die folgenden Aspekte abdecken:
- (a) Haftung des Auftragnehmer wegen Krankheit oder Arbeitsunfall seiner Mitarbeiter, einschließlich Kosten der Rückführung aus Gesundheitsgründen;
 - (b) Verlust oder Beschädigung der bei der Vertragserfüllung verwendeten Geräte des öffentlichen Auftraggebers;
 - (c) zivilrechtliche Haftung bei Unfällen Dritter oder des öffentlichen Auftraggebers und seiner Mitarbeiter im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung;

- (d) Unfalltod oder dauernde Erwerbsunfähigkeit infolge von Körperschäden, die während der Auftragsausführung entstehen.
- 13.4 Der Auftragnehmer schließt außerdem eine Versicherung gegen den Verlust oder die Beschädigung persönlicher Gegenstände seiner im Empfängerland tätigen Mitarbeiter, Sachverständigen und ihrer Familien ab.
- 13.5 Der Auftragnehmer erbringt auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers oder des Projektmanagers unverzüglich den Nachweis über die Versicherungspolice und die regelmäßige Zahlung der Prämien.
- 13.6 Der Auftragnehmer ergreift auch Sicherheitsmaßnahmen für seine Mitarbeiter, Sachverständigen und deren Familien, die sich im Empfängerland befinden, die in Bezug auf die sie bedrohenden physischen Gefahren angemessen sind.

- 13.7 Dem Auftragnehmer obliegt es darüber hinaus, den Grad des physischen Risikos zu überwachen, dem seine Mitarbeiter, Sachverständigen und deren Familien im Empfängerland ausgesetzt sind, und den öffentlichen Auftraggeber hierüber informiert zu halten. Erhält der öffentliche Auftraggeber oder der Auftragnehmer Kenntnis von einer unmittelbar drohenden Gefahr für Leben oder Gesundheit seiner Mitarbeiter, Sachverständigen oder deren Familien, so kann der Auftragnehmer unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um die betreffenden Personen in Sicherheit zu bringen. Wenn der Auftragnehmer eine solche Maßnahme ergreift, ist dies unverzüglich dem Projektmanager anzuzeigen und kann zu einer Aussetzung des Vertrags gemäß Artikel 35 führen.

ARTIKEL 14 RECHTE AN GEISTIGEM UND GEWERBLICHEM EIGENTUM

- 14.1 Ein „Ergebnis“ ist eine zur Erfüllung des Vertrags vom Auftragnehmer erbrachte Leistung.
- 14.2 Das Eigentum an sämtlichen in Erfüllung des Vertrags erzielten und in der Leistungsbeschreibung und im Angebot zum Vertrag vorgesehenen Ergebnissen und an deren Rechten, einschließlich des Urheberrechts und sonstiger Leistungsschutzrechte oder gewerblicher Schutzrechte, sowie an sämtlichen darin implementierten technologischen Lösungen und Informationen, geht von dem Zeitpunkt, zu dem diese Ergebnisse erzielt bzw. die Rechte erworben und sie vom öffentlichen Auftraggeber angenommen werden, vollständig und unwiderruflich auf diesen über. Der öffentliche Auftraggeber kann nach Belieben über ihre Verwendung entscheiden und kann sie namentlich speichern, verändern, übersetzen, offenlegen, reproduzieren, veröffentlichen oder durch jedes andere Medium weitergeben sowie sie abtreten oder übertragen.
- 14.3 Um Unklarheiten zu vermeiden, gilt in solchen Fällen grundsätzlich, dass diese Rechte mit diesem Übergang effektiv vom Auftragnehmer auf den öffentlichen Auftraggeber übertragen werden.
- 14.4 Der Rechtsübergang auf den öffentlichen Auftraggeber im Rahmen dieses Vertrags gilt weltweit und für die gesamte Geltungsdauer der Schutzrechte, sofern der öffentliche Auftraggeber und der Auftragnehmer nichts anderes bestimmt haben.
- 14.5 Der Auftragnehmer gewährleistet, dass für die vom öffentlichen Auftraggeber vorgesehenen Arten der Nutzung der Ergebnisse kein Dritter Rechte oder Ansprüche geltend machen kann, auch keine bereits vorher bestehenden Rechte. Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers erbringt der Auftragnehmer durch umfassende Belege den Nachweis, dass er die erforderlichen Eigentums- bzw. Nutzungsrechte besitzt und alle erforderlichen Zustimmungserklärungen der Urheber eingeholt hat.
- 14.6 Alle Berichte und Daten wie Karten, Schaubilder, Zeichnungen, Spezifikationen, Pläne, Statistiken, Kalkulationen, Datenbankformate und -daten, Software und zusätzliche Aufzeichnungen oder Materialien, die der Auftragnehmer im Rahmen der Durchführung des Vertrags erwirbt, zusammenstellt oder erstellt, sowie alle Ergebnisse der Durchführung des Vertrags sind ausschließlich Eigentum des öffentlichen Auftraggebers, sofern nichts anderes angegeben ist. Der Auftragnehmer hat nach Beendigung des Auftrags sämtliche derartige Unterlagen und Daten dem öffentlichen Auftraggeber zu übergeben. Der Auftragnehmer darf keine Abschriften solcher Unterlagen und Daten behalten, und er darf sie ohne vorherige schriftliche Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers nicht zu Zwecken benutzen, welche nicht mit seinem Auftrag im Zusammenhang stehen.
- 14.7 Der Auftragnehmer darf ohne schriftliche Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers gemäß Artikel 7 Absatz 4 keine Artikel über die von ihm durchgeführten Dienstleistungen veröffentlichen oder sich bei der Durchführung von Dienstleistungen für Dritte auf sie beziehen, noch darf er Informationen, die er im Laufe der Vertragserfüllung erhalten hat, für andere Zwecke als die Vertragserfüllung preisgeben.

- 14.8 Bei Übergabe der Ergebnisse gewährleistet der Auftragnehmer, dass der vorstehende Rechtsübergang nicht ungesetzlich ist, dass dadurch keine Rechte oder Ansprüche Dritter verletzt werden und dass er über die für die Rechtsübertragung erforderlichen Rechte oder Befugnisse verfügt. Er gewährleistet zudem, dass er sämtliche im Zusammenhang mit dem endgültigen Ergebnis abzuführenden Gebühren, unter anderem an Verwertungsgesellschaften, entrichtet hat bzw. überprüft hat, dass diese entrichtet wurden.
- 14.9 Falls im Zusammenhang mit der im Vertrag angegebenen Nutzung von Patenten, Lizenzen, Zeichnungen, Entwürfen, Mustern, Fabrik- oder Warenzeichen durch den öffentlichen Auftraggeber Ansprüche aus einer Verletzung von Urheberrechten, gewerblichen oder sonstigen Schutzrechten geltend gemacht werden, entschädigt der Auftragnehmer die Dritten, einschließlich Urheber und Rechteinhaber, für sämtliche entstandenen Schäden und Kosten und stellt den öffentlichen Auftraggeber von etwaigen Ansprüchen frei, es sei denn, eine Verletzung derartiger Rechte ergibt sich aus der Einhaltung der vom öffentlichen Auftraggeber vorgegebenen Planung oder Spezifikation.

ART DER DIENSTLEISTUNGEN

ARTIKEL 15 UMFANG DER DIENSTLEISTUNGEN

- 15.1 Der Umfang der Dienstleistungen ist in den Anhängen II und III festgelegt.
- 15.2 Beinhaltet der Vertrag eine beratende Funktion für den öffentlichen Auftraggeber und/oder Projektmanager in Bezug auf alle bei der Durchführung des Projekts vorkommenden technischen Aspekte desselben, trägt der Auftragnehmer keine Verantwortung für getroffene Entscheidungen.
- 15.3 Beinhaltet der Vertrag die Leitung der Projektausführung, so übernimmt der Auftragnehmer unter Vorbehalt der Entscheidungsbefugnis des Projektmanagers alle mit der Überwachung der Durchführung eines Projekts verbundenen Führungsaufgaben.
- 15.4 Wenn der Auftragnehmer Ausschreibungsunterlagen zu erstellen hat, so müssen diese alle Unterlagen enthalten, die notwendig sind, um mit geeigneten Auftragnehmern, Herstellern und Lieferanten in Verbindung zu treten oder um Angebotsverfahren im Hinblick auf die Ausführung der in einer Ausschreibung vorgesehenen Bauarbeiten, der Lieferungen oder Dienstleistungen zu erstellen. Der öffentliche Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer die erforderlichen Informationen für die Ausarbeitung des verwaltungstechnischen Teils der Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung.

ARTIKEL 16 PERSONAL UND ANLAGEN

- 16.1 Der Auftragnehmer muss den öffentlichen Auftraggeber über sämtliches Personal in Kenntnis setzen, das er für die Durchführung der Aufgaben einzusetzen gedenkt, ausgenommen die Hauptsachverständigen, deren Lebensläufe in Anhang IV enthalten sind. In Anhang II und/oder Anhang III sind das Mindestniveau in Bezug auf Ausbildung, Qualifikation und Berufserfahrung der Mitarbeiter sowie gegebenenfalls die erforderlichen Spezialisierungen anzugeben. Der öffentliche Auftraggeber ist berechtigt, die vom Auftragnehmer gewählten Mitarbeiter abzulehnen.
- 16.2 Alle vom öffentlichen Auftraggeber gebilligten Mitarbeiter beginnen mit der Erfüllung ihrer Aufgaben an dem in Anhang II und/oder Anhang III festgelegten Tag oder innerhalb der dort gesetzten Frist oder anderenfalls an dem Tag oder innerhalb der Fristen, die dem Auftragnehmer vom öffentlichen Auftraggeber oder Projektmanager bekannt gegeben werden.

- 16.3 Sofern im Vertrag nichts anderes vorgesehen ist, müssen die Mitarbeiter, die an dem Auftrag arbeiten, in der Nähe ihres normalen Einsatzortes wohnen. Ist ein Teil der Dienstleistungen außerhalb des Empfängerlandes zu erbringen, so teilt der Auftragnehmer dem Projektmanager die Namen und Qualifikationen der für diesen Teil der Dienstleistungen vorgesehenen Mitarbeiter mit.
- 16.4 Der Auftragnehmer unternimmt folgende Schritte:
- (a) Er übermittelt dem Projektmanager binnen 30 Tagen nach Unterzeichnung des Vertrags durch beide Parteien den vorgeschlagenen Zeitplan für die Bereitstellung der Mitarbeiter.
 - (b) Er unterrichtet den Projektmanager über den Tag der Ankunft und der Abreise der einzelnen Mitarbeiter.
 - (c) Er unterbreitet dem Projektmanager rechtzeitig seine Anträge für die Ernennung von beigeordneten Sachverständigen, damit der Projektmanager seine schriftliche Zustimmung erteilen kann.
- 16.5 Der Auftragnehmer trifft alle erforderlichen Maßnahmen, um seinen Mitarbeitern von Anfang an laufend die Ausrüstung und Unterstützung bereitzustellen, die sie in die Lage versetzen, ihre festgelegten Aufgaben effizient zu verrichten.

ARTIKEL 17 AUSWECHSLUNG VON MITARBEITERN

- 17.1 Der Auftragnehmer wechselt keinen gebilligten Mitarbeiter ohne die vorherige Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers aus. In folgenden Fällen hat der Auftragnehmer von sich aus eine Auswechslung vorzuschlagen:
- (a) bei einem Todesfall, einer Erkrankung oder einem Unfall eines gebilligten Mitarbeiters;
 - (b) wenn aus einem anderen Grund eine Auswechslung erforderlich ist, auf den der Auftragnehmer keinen Einfluss hat (z. B. Kündigung des gebilligten Mitarbeiters).
- 17.2 Darüber hinaus kann der öffentliche Auftraggeber im Laufe der Vertragserfüllung auf der Grundlage eines schriftlichen, begründeten Antrags, dem der Auftragnehmer seine eigenen Anmerkungen und die des Mitarbeiters beifügt, die Auswechslung eines gebilligten Mitarbeiters anordnen.
- 17.3 Soll ein gebilligter Mitarbeiter ersetzt werden, so muss der Ersatzmitarbeiter über eine mindestens gleichwertige Qualifikation und Berufserfahrung verfügen wie der ersetzte Mitarbeiter; seine Vergütung darf die für den ersetzten gebilligten Mitarbeiter vorgesehene Vergütung nicht überschreiten. Ist der Auftragnehmer nicht in der Lage, einen Ersatzmitarbeiter mit gleichwertiger Qualifikation und/oder Berufserfahrung bereitzustellen, so kann der öffentliche Auftraggeber entweder den Vertrag kündigen, sofern dessen ordnungsgemäße Ausführung seines Erachtens gefährdet ist, oder anderenfalls den Ersatzmitarbeiter akzeptieren, sofern eine angemessene niedrigere Vergütung für denselben ausgehandelt wird.
- 17.4 Durch die Auswechslung von gebilligten Mitarbeitern entstandene Zusatzkosten gehen zu Lasten des Auftragnehmers. Der öffentliche Auftraggeber leistet keine Zahlungen für den Zeitraum, in dem der auszuwechselnde gebilligte Mitarbeiter fehlt. Der Auftragnehmer muss die Auswechslung eines gebilligten Mitarbeiters, dessen Name in Anhang IV des Vertrags aufgeführt ist, innerhalb von 15 Kalendertagen ab dem ersten Fehltag dieses gebilligten Mitarbeiters vorschlagen. Schlägt der Auftragnehmer nicht innerhalb dieses Zeitraums einen Ersatzmitarbeiter gemäß dem vorstehenden Artikel 17 Absatz 3 vor, kann

der öffentliche Auftraggeber eine Vertragsstrafe von bis zu 10 % der verbleibenden Vergütung für diesen auszuwechselnden Sachverständigen erheben.

- 17.5 Das Empfängerland kann über die Identität des gebilligten Mitarbeiters in Kenntnis gesetzt werden, der im Rahmen des Vertrags als zusätzlicher Mitarbeiter oder als Ersatzmitarbeiter vorgeschlagen wird, damit es seine Zustimmung erteilen kann. Das Empfängerland darf seine Zustimmung nur versagen, wenn es binnen 15 Tagen ab dem Ersuchen um Zustimmung dem öffentlichen Auftraggeber gegenüber schriftlich hinreichend begründete und gerechtfertigte Einwände gegen die vorgeschlagenen Sachverständigen erhebt.

ARTIKEL 18 PRAKTIKANTEN

- 18.1 Wenn in der Leistungsbeschreibung gefordert, sieht der Auftragnehmer für die ihm vom öffentlichen Auftraggeber gemäß Vertrag zugewiesenen Praktikanten eine Ausbildung während der Ausführung der Aufgaben vor.

- 18.2 Die Ausbildung dieser Praktikanten durch den Auftragnehmer verschafft diesen nicht den Status von Beschäftigten des Auftragnehmers. Sie müssen jedoch den Anweisungen des Auftragnehmers sowie den Bestimmungen von Artikel 8 so nachkommen, als ob sie Beschäftigte des Auftragnehmers wären. Der Auftragnehmer kann auf Vorlage eines mit Gründen versehenen schriftlichen Antrags die Auswechslung eines Praktikanten erlangen, dessen Arbeit oder Verhalten unbefriedigend ist.
- 18.3 Sofern im Vertrag nichts anderes vorgesehen ist, werden die Vergütung der Praktikanten, ihre Reisekosten, die Kosten ihrer Unterbringung und alle sonstigen für sie anfallenden Kosten vom öffentlichen Auftraggeber übernommen.
- 18.4 Der Auftragnehmer berichtet dem öffentlichen Auftraggeber vierteljährlich über die zur Ausbildung zugewiesenen Praktikanten. Unmittelbar vor Beendigung der Aufgabendurchführung erstellt er einen Bericht über das Ergebnis der Praktikantenausbildung und eine Beurteilung der von den Praktikanten erlangten Qualifikationen im Hinblick auf ihre zukünftige Beschäftigung. Die Form dieser Berichte und das Verfahren für deren Vorlage werden in der Leistungsbeschreibung geregelt.

VERTRAGSERFÜLLUNG

ARTIKEL 19 VERZÖGERUNGEN BEI DER DURCHFÜHRUNG DER AUFGABEN

- 19.1 Erbringt der Auftragnehmer die Dienstleistungen nicht innerhalb des im Vertrag festgelegten Zeitraums für die Ausführung der Aufgaben, hat der öffentliche Auftraggeber ohne förmliche Anmahnung und unbeschadet seiner übrigen Rechtsmittel im Rahmen des Vertrags für jeden Tag, der zwischen der vertraglich festgelegten Beendigung des Zeitraums der Durchführung der Aufgaben und dem Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Durchführung dieser Aufgaben verstreicht, Anspruch auf eine Vertragsstrafe.
- 19.2 Der Tagessatz für Vertragsstrafen berechnet sich, indem der Auftragswert durch die Anzahl der für die Aufgabendurchführung vorgesehenen Tage dividiert wird, bis zu einem Höchstbetrag von 15 % des gesamten Auftragswerts.
- 19.3 Hat der öffentliche Auftraggeber Anspruch auf 15 % des Auftragswerts, so kann er nach schriftlicher Unterrichtung des Auftragnehmers
- (a) den Vertrag kündigen und
 - (b) auf Kosten des Auftragnehmers mit einem Dritten einen Vertrag über den Abschluss der Dienstleistungen schließen.

ARTIKEL 20 ÄNDERUNG DES VERTRAGS

- 20.1 Änderungen am Vertrag, die sich auf dessen Gegenstand oder Geltungsbereich auswirken, wie die Änderung des Gesamtwerts des Auftrags, die Auswechslung eines Sachverständigen, dessen Lebenslauf Bestandteil des Vertrags ist, oder die Änderung des Zeitraums für die Durchführung der Aufgaben werden mittels eines Zusatzvertrags formalisiert. Jeder Vertragspartner kann einen Zusatzvertrag zur Änderung des Vertrags nach folgenden Grundsätzen verlangen:
- a) Ein Änderungsvertrag kann nur während der Dauer der Vertragsausführung verlangt werden;

- b) der Auftragnehmer muss mindestens 30 Tage vor dem Zeitpunkt, zu dem die gewünschte Änderung in Kraft treten soll, beim öffentlichen Auftraggeber schriftlich einen Zusatzvertrag beantragen. In vom Auftragnehmer hinreichend begründeten Fällen kann der öffentliche Auftraggeber eine andere Antragsfrist akzeptieren.

Der öffentliche Auftraggeber teilt dem Auftragnehmer binnen 30 Tagen nach Erhalt des Antrags mit, wie der darüber entschieden hat. Eine automatische Änderung ohne schriftliche Bestätigung des öffentlichen Auftraggebers ist nicht möglich.

20.2 Jede Vertragspartei kann gemäß den in Artikel 20 Absatz 1 genannten Grundsätzen eine Vertragsänderung verlangen, die sich nicht auf dessen Gegenstand oder Geltungsbereich auswirkt. Darüber hinaus ist der Projektmanager befugt, unter anderem auf Verlangen des Auftragnehmers entsprechend den folgenden Grundsätzen Verwaltungsanweisungen zu einer Vertragsänderung zu erteilen, die sich nicht auf dessen Gegenstand oder Geltungsbereich auswirkt:

- a) Die verlangte Vertragsänderung kann in Form von Hinzufügungen, Auslassungen, Ersetzungen, Änderungen in Bezug auf die Qualität, die Menge, sowie von Änderungen der Arbeitsfolge, der Arbeitsweise oder des Zeitplans für die Erbringung der Leistungen erfolgen.
- b) Vor einer etwaigen Verwaltungsanweisung hat der Projektmanager den Auftragnehmer über das Wesen und die Form der vorgeschlagenen Änderung in Kenntnis zu setzen.

Der Auftragnehmer legt dem Projektmanager dann unverzüglich einen Vorschlag vor, der Folgendes enthält:

- i) alle Maßnahmen, die erforderlich sind, um der Änderung nachzukommen,
- ii) ein aktualisiertes Programm für die Durchführung der Aufgaben und
- iii) eine vorgeschlagene Anpassung des Auftragswerts unter Verwendung der vertraglichen Honorarsätze, wenn die betreffenden Aufgaben vergleichbar sind handelt. Sind die Aufgaben nicht vergleichbar, werden die vertraglichen Honorarsätze angewandt, wenn dies angemessen ist.

Nach Eingang des vom Auftragnehmer unterbreiteten Vorschlags wird die Änderung vom Projektmanager akzeptiert oder abgelehnt.

Akzeptiert der Projektmanager die Änderung, so erteilt er dem Auftragnehmer in Form einer Verwaltungsanweisung den Auftrag, die Änderung zu den Preisen und unter den Bedingungen auszuführen, wie sie im Vorschlag des Auftragnehmers angegeben sind oder wie sie vom Projektmanager geändert wurden.

- c) Nach Erhalt der Verwaltungsanweisung führt der Auftragnehmer die darin vorgesehenen Änderungen unter Einhaltung dieser Allgemeinen Bedingungen so durch, als seien sie im Vertrag vorgesehen.
- d) Verwaltungsanweisungen, die sich auf die für Honorarverträge vorgesehenen vertraglichen Mittel auswirken, sind auf Verschiebungen innerhalb der einzelnen Honorare oder zwischen den Honoraren und den Mitteln für Nebenkosten innerhalb der Grenzen gemäß Artikel 20 Absatz 3 beschränkt.

20.3 Eine Änderung im Wege eines Zusatzvertrags oder einer Verwaltungsanweisung darf keinesfalls zu einer Verringerung des innerhalb des vertraglich genehmigten Budgets für

die Prüfung der Ausgaben vorgesehenen Mittel führen oder eine Änderung der zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe geltenden Vergabekriterien bewirken.

- 20.4 Änderungen, die der Auftragnehmer ohne Verwaltungsanweisung oder ohne Zusatzvertrag ausführt, sind nicht zulässig, und der Auftragnehmer trägt dafür selbst das finanzielle Risiko.
- 20.5 Müssen wegen eines Versäumnisses oder eines Vertragsbruchs seitens des Auftragnehmers Änderungen vorgenommen werden, so sind sämtliche zusätzlichen Kosten, die auf solche Änderungen zurückzuführen sind, vom Auftragnehmer zu tragen.
- 20.6 Der Auftragnehmer teilt dem öffentlichen Auftraggeber schriftlich jede Änderung der Bankverbindung bzw. jeden Wechsel seines Rechnungsprüfers mit. Der Auftragnehmer muss das Formular in Anhang VI verwenden, um eine Änderung seiner Bankverbindung mitzuteilen. Der öffentliche Auftraggeber ist berechtigt, die vom Auftragnehmer gewählte neue Bankverbindung bzw. den von ihm gewählten neuen Rechnungsprüfer abzulehnen.

ARTIKEL 21 ARBEITSSTUNDEN

- 21.1 Die Arbeitstage und -stunden des Auftragnehmers oder seiner Mitarbeiter werden auf der Grundlage der Gesetze, Verordnungen und Gewohnheiten des Landes, in dem die Dienstleistungen erbracht werden sollen, und nach den Erfordernissen im Zusammenhang mit den Dienstleistungen festgesetzt.

ARTIKEL 22 URLAUBSANSPRUCH

- 22.1 Bei einem Honorarvertrag wird der Zeitpunkt des während der Durchführung der Aufgaben zu nehmenden Jahresurlaubs vom Projektmanager genehmigt.
- 22.2 Bei einem Honorarvertrag sind in den Honorarsätzen bis zu zwei Monate Jahresurlaub der Mitarbeiter des Auftragnehmers während der Dauer der Durchführung der Aufgaben berücksichtigt. Urlaubstage im Rahmen des Jahresurlaubs sind daher nicht als Arbeitstage anzusehen.
- 22.3 Die Mitarbeiter des Auftragnehmers haben keinen Anspruch auf Krankheits- oder Gelegenheitsurlaub; der Projektmanager kann den Mitarbeitern des Auftragnehmers jedoch nach eigenem Ermessen gestatten, während der Dauer der Durchführung der Aufgaben aus familiären oder sonstigen Gründen unbezahlten Urlaub zu nehmen.

ARTIKEL 23 INFORMATIONEN

- 23.1 Der Auftragnehmer stellt dem Projektmanager, der Europäischen Kommission, dem Europäischen Rechnungshof oder einem Bevollmächtigten des öffentlichen Auftraggebers Angaben über die Dienstleistungen und das Projekt zur Verfügung.
- 23.2 Der Auftragnehmer stellt dem Projektmanager oder einem Bevollmächtigten des öffentlichen Auftraggebers die Aufzeichnungen und Bücher über die Dienstleistungen zur Kontrolle und Prüfung zur Verfügung und erstellt sowohl während als auch nach der Erbringung der Dienstleistungen Kopien derselben.

ARTIKEL 24 AUFZEICHNUNGEN

- 24.1 Der Auftragnehmer führt vollständige, genaue und systematische Aufzeichnungen und Bücher über die Dienstleistungen in der Form und Ausführlichkeit, die es gestatten, genau festzustellen, dass die in der bzw. den Rechnung(en) des Auftragnehmers genannte Anzahl von Arbeitstagen und die tatsächlichen Nebenkosten bei der Erbringung der Dienstleistungen ordnungsgemäß angefallen sind.

- 24.2 Bei einem Honorarvertrag führt der Auftragnehmer Zeiterfassungsbögen für die Arbeitstage bzw. Arbeitsstunden seiner Mitarbeiter. Die von den Sachverständigen ausgefüllten Zeiterfassungsbögen werden vom Auftragnehmer monatlich bestätigt und vom Projektmanager oder einem Bevollmächtigten des öffentlichen Auftraggebers oder vom öffentlichen Auftraggeber selbst monatlich gebilligt. Die vom Auftragnehmer in Rechnung gestellten Beträge müssen mit diesen Zeiterfassungsbögen übereinstimmen. Die Zeit, welche für Reisen aufgewandt wird, die ausschließlich für die Zwecke und Erfordernisse der Durchführung des Vertrags durchgeführt werden und auf der direktesten Route erfolgen, kann in die Anzahl der Tage bzw. Stunden auf den Zeiterfassungsbögen einfließen. Für die Hin- und Rückreise oder für Urlaub anfallende Reisetage gelten nicht als Arbeitstage. Mindestens sieben geleistete Arbeitsstunden werden als Äquivalent für einen Arbeitstag angesehen. Für alle Sachverständigen wird der Zeiteinsatz für Abrechnungszwecke auf die nächste ganze Zahl geleisteter Arbeitstage gerundet.
- 24.3 Alle Aufzeichnungen sind ab dem Zeitpunkt der Abschlusszahlung zu dem Vertrag für einen Zeitraum von sieben Jahren aufzubewahren. Diese Unterlagen umfassen sämtliche Unterlagen zu Einnahmen und Ausgaben und Beständen, welche erforderlich sind, um die Belege zu prüfen, einschließlich Zeiterfassungsbögen, Flugtickets und Fahrkarten, Gehaltsabrechnungen für die an die Sachverständigen gezahlten Vergütungen sowie Rechnungen bzw. Belege zu Nebenkosten. Das Versäumnis, derartige Aufzeichnungen zu führen, stellt einen Vertragsbruch dar und kann zur Kündigung des Vertrags führen.

ARTIKEL 25 PRÜFUNGEN UND KONTROLLEN DURCH EINRICHTUNGEN DER EUROPÄISCHEN UNION

- 25.1 Der Auftragnehmer gestattet der Europäischen Kommission, dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung und dem Europäischen Rechnungshof, die Durchführung des Vertrags anhand der Unterlagen zu kontrollieren und die Unterlagen zu kopieren oder an Ort und Stelle, einschließlich durch Kontrollen der Originalunterlagen, zu überprüfen. Damit diese Kontrollen und Rechnungsprüfungen durchgeführt werden können, wird den vorstehend genannten Einrichtungen der Europäischen Union erforderlichenfalls gestattet, eine vollständige Rechnungsprüfung auf der Grundlage der Belege für die Konten, der Buchungsunterlagen und der sonstigen die Finanzierung des Vertrags betreffenden Unterlagen vorzunehmen. Der Auftragnehmer gewährleistet zu jedem angemessenen Zeitpunkt einen ungehinderten Zugang vor Ort, insbesondere zu seinen Büros, seinen elektronischen Daten, seinen Rechnungslegungsdaten und allen sonstigen Informationen, die für die Rechnungsprüfungen erforderlich sind, einschließlich der Gehaltsabrechnungen der an dem Vertrag beteiligten Personen. Der Auftragnehmer gewährleistet ebenfalls, dass die erforderlichen Informationen zum Zeitpunkt der Rechnungsprüfung verfügbar sind und dass die Daten auf Anfrage in geeigneter Form ausgehändigt werden können. Diese Kontrollen können bis zu sieben Jahre nach der Abschlusszahlung stattfinden.

Darüber hinaus gestattet der Auftragnehmer dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung, gemäß den in den Rechtsvorschriften der Europäischen Union festgelegten Verfahren zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union gegen Betrug und andere Unregelmäßigkeiten vor Ort Prüfungen und Kontrollen vorzunehmen.

- 25.2 Hierzu verpflichtet sich der Auftragnehmer, dem Personal oder den Bediensteten der Europäischen Kommission, des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung und des Europäischen Rechnungshofs angemessenen Zugang zu den Räumlichkeiten und Orten, an denen der Auftrag ausgeführt wird, einschließlich seiner Informationssysteme sowie sämtlicher Unterlagen und Datenbanken zur technischen und finanztechnischen Verwaltung des Projekts zu gewähren und sämtliche Schritte zu ergreifen, um deren Arbeit

zu erleichtern. Der Zugang der Bediensteten der Europäischen Kommission, des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung und des Europäischen Rechnungshofs erfolgt auf der Grundlage der Geheimhaltung gegenüber Dritten, unbeschadet der Verpflichtungen im Rahmen des öffentlichen Rechts, dem diese Bediensteten unterliegen. Unterlagen sind leicht zugänglich und werden so archiviert, dass ihre Prüfung erleichtert wird. Der Auftragnehmer setzt den öffentlichen Auftraggeber über den genauen Ablageort der Unterlagen in Kenntnis.

- 25.3 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die Rechte der Europäischen Kommission, des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung und des Europäischen Rechnungshofs, Rechnungsprüfungen, Kontrollen und Nachprüfungen durchzuführen, in gleicher Weise, unter denselben Bedingungen und gemäß denselben, im vorliegenden Artikel festgelegten Vorschriften auch für alle Unterauftragnehmer und sonstigen Parteien gewahrt werden, die Fördermittel aus dem EU-Haushalt oder aus dem EEF erhalten.

ARTIKEL 26 ZWISCHEN- UND ABSCHLUSSBERICHTE

- 26.1 Sofern in der Leistungsbeschreibung nichts anderes vorgesehen ist, erstellt der Auftragnehmer während der Dauer der Aufgabendurchführung Zwischenberichte und einen Abschlussbericht. Diese Berichte umfassen einen beschreibenden Teil und eine Finanzaufstellung. Derartige Berichte haben das Format, das der Projektmanager dem Auftragnehmer während der Dauer der Aufgabendurchführung mitgeteilt hat.
- 26.2 Allen Rechnungen muss ein Zwischen- oder Abschlussbericht beigelegt sein. Allen Rechnungen für einen Honorarvertrag müssen auch ein aktueller Finanzbericht sowie eine Rechnung über die tatsächlichen Kosten der Ausgabenüberprüfung beigelegt sein. Die Struktur eines Zwischen- bzw. Abschlussfinanzberichts muss mit der Struktur des vertraglich genehmigten Budgets übereinstimmen (Anhang V). Dieser Finanzbericht muss mindestens die Ausgaben während des Berichtszeitraums, die kumulierten Ausgaben und den verfügbaren Saldo enthalten.
- 26.3 Unmittelbar vor dem Ende des Zeitraums für die Ausführung der Aufgaben erstellt der Auftragnehmer einen abschließenden Fortschrittsbericht. Diesem fügt er, sofern zutreffend, eine kritische Untersuchung aller größeren Probleme bei, die sich möglicherweise bei der Vertragsdurchführung ergeben haben.
- 26.4 Dieser abschließende Fortschrittsbericht ist dem Projektmanager spätestens 60 Tage nach Ende des Zeitraums der Aufgabendurchführung zu übermitteln. Ein derartiger Bericht ist für den öffentlichen Auftraggeber nicht bindend.
- 26.5 Wird der Vertrag phasenweise ausgeführt, erstellt der Auftragnehmer nach der Umsetzung jeder Phase einen abschließenden Fortschrittsbericht.
- 26.6 Zwischenberichte und abschließende Fortschrittsberichte unterliegen den Bestimmungen von Artikel 14.

ARTIKEL 27 GENEHMIGUNG VON BERICHTEN UND DOKUMENTEN

- 27.1 Mit der Genehmigung der vom Auftragnehmer erstellten und übermittelten Berichte und Unterlagen durch den öffentlichen Auftraggeber wird bescheinigt, dass diese den Bedingungen des Vertrags entsprechen.
- 27.2 Nimmt der öffentliche Auftraggeber einen Bericht oder eine Unterlage vorbehaltlich vom Auftragnehmer vorzunehmender Änderungen an, so gibt der öffentliche Auftraggeber eine Frist vor, innerhalb derer diese Änderungen vorzunehmen sind.

- 27.3 Wird der abschließende Fortschrittsbericht nicht angenommen, wird automatisch das Streitbeilegungsverfahren eingeleitet.
- 27.4 Wird der Vertrag phasenweise ausgeführt, unterliegt die Umsetzung jeder Phase der Annahme der vorangehenden Phase durch den öffentlichen Auftraggeber, sofern die Phasen nicht gleichzeitig ausgeführt werden.

ZAHLUNG UND EINZIEHUNG VON FORDERUNGEN

ARTIKEL 28 AUSGABENPRÜFUNG

- 28.1 Für Pauschalpreisverträge ist kein Ausgabenprüfungsbericht erforderlich.
- 28.2 Bevor Zahlungen für einen Honorarvertrag geleistet werden, muss ein externer Prüfer, der die speziellen Bedingungen der Leistungsbeschreibung für die Ausgabenüberprüfung erfüllt und vom Auftragnehmer gemäß Artikel 7 Absatz 8 mitgeteilt wurde, die vom Auftragnehmer an den öffentlichen Auftraggeber gesendeten Rechnungen und Finanzberichte prüfen und kontrollieren.
- 28.3 Der Prüfer muss sich versichern, dass relevante, zuverlässige und ausreichende Belege dafür vorhanden sind, dass
- (a) die vom Auftragnehmer für diesen Vertrag beschäftigten Sachverständigen wie belegt (und sofern verfügbar durch Belege unabhängiger Dritter untermauert) die Anzahl von Tagen im Rahmen des Vertrags tätig waren, die in den Rechnungen des Auftragnehmers und in dem Finanzbericht-Erfassungsbogen, welcher mit den Zwischenberichten zum Fortschritt vorgelegt wurde, geltend gemacht werden; und
 - (b) die als Nebenkosten geltend gemachten Beträge tatsächlich und notwendigerweise in Einklang mit den Anforderungen der Leistungsbeschreibung zum Vertrag für den Auftragnehmer angefallen sind.
 - (c) Auf der Grundlage seiner Überprüfung übermittelt der Prüfer dem Auftragnehmer einen Ausgabenprüfungsbericht gemäß dem Muster in Anhang VII.
- 28.4 Der Auftragnehmer gewährt dem Prüfer alle in Artikel 25 genannten Zugangsrechte.
- 28.5 Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, die Auswechselung des Prüfers zu verlangen, wenn Umstände, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages nicht bekannt waren, Zweifel an der Unabhängigkeit oder der fachlichen Kompetenz des Rechnungsprüfers aufkommen lassen.

ARTIKEL 29 ZAHLUNG UND ZINSEN BEI ZAHLUNGSVERZUG

- 29.1 Zahlungen erfolgen gemäß einer der nachstehend dargelegten und in den Besonderen Bedingungen festgehaltenen Optionen.

Option 1: Honorarvertrag

Der öffentliche Auftraggeber leistet wie folgt Zahlungen an den Auftragnehmer:

1. sofern vom Auftragnehmer gefordert, eine erste Vorfinanzierungszahlung von bis zu 20 % des Auftragswerts innerhalb von 30 Tagen, nachdem der öffentliche Auftraggeber eine Rechnung, den von beiden Parteien unterzeichneten Vertrag und, falls verlangt, eine Sicherheitsleistung gemäß Artikel 30 erhalten hat;

2. weitere halbjährliche Zwischenzahlungen gemäß den Besonderen Bedingungen innerhalb von 60 Tagen, nachdem der öffentliche Auftraggeber eine Rechnung zusammen mit einem Fortschritts-Zwischenbericht und einem Ausgabenprüfungsbericht erhalten hat, vorbehaltlich deren Annahme in Einklang mit Artikel 27.
3. Die Rechnungen sind so zu zahlen, dass sich die Summe der Zahlungen auf höchstens 90 % des maximalen, in Artikel 3 der Vertrags genannten Auftragswerts beläuft; die restlichen 10 % stellen die Mindestabschlusszahlung dar;
4. Den Saldo für den endgültigen Auftragswert nach der Überprüfung, vorbehaltlich des in Artikel 3 des Vertrags genannten maximalen Auftragswerts, nach Abzug der bereits gezahlten Beträge, innerhalb von 60 Tagen, nachdem der öffentliche Auftraggeber eine Rechnung zusammen mit dem abschließenden Fortschrittsbericht und einem abschließenden Ausgabenprüfungsbericht erhalten hat, vorbehaltlich deren Annahme in Einklang mit Artikel 27.

Option 2: Pauschalpreisvertrag

Bei einer Vertragslaufzeit von weniger als zwei Jahren leistet der öffentliche Auftraggeber Zahlungen wie folgt an den Auftragnehmer:

1. sofern vom Auftragnehmer gefordert, eine Vorfinanzierungszahlung von bis zu 40 % des in Artikel 3 des Vertrags genannten Auftragswerts innerhalb von 30 Tagen, nachdem der öffentliche Auftraggeber eine Rechnung, den von beiden Parteien unterzeichneten Vertrag und, falls verlangt, eine Sicherheitsleistung gemäß Artikel 30 erhalten hat;
2. den Saldo des in Artikel 3 des Vertrags genannten Auftragswerts innerhalb von 60 Tagen, nachdem der öffentliche Auftraggeber eine Abschlussrechnung zusammen mit dem abschließenden Fortschrittsbericht erhalten hat, vorbehaltlich der Annahme dieses Berichts in Einklang mit Artikel 27.

Bei einer Vertragslaufzeit von mehr als zwei Jahren und wenn die Mittel auf verschiedene Ergebnisse aufgeteilt sind, die der öffentliche Auftraggeber jeweils gesondert genehmigen kann, leistet der öffentliche Auftraggeber Zahlungen wie folgt an den Auftragnehmer:

1. sofern vom Auftragnehmer gefordert, eine Vorfinanzierungszahlung von bis zu 40 % des in Artikel 3 des Vertrags genannten Auftragswerts innerhalb von 30 Tagen, nachdem der öffentliche Auftraggeber eine Rechnung, den von beiden Parteien unterzeichneten Vertrag und, falls verlangt, eine Sicherheitsleistung gemäß Artikel 30 erhalten hat;
2. eine Zwischenzahlung am Ende jedes Zwölfmonatszeitraums der Vertragsdurchführung in einer Höhe, die den erzielten Ergebnissen entspricht, innerhalb von 60 Tagen, nachdem der öffentliche Auftraggeber eine Rechnung zusammen mit einem Fortschritts-Zwischenbericht erhalten hat, vorbehaltlich der Annahme dieses Berichts in Einklang mit Artikel 27.
3. Die Rechnungen sind so zu zahlen, dass sich die Summe der Zahlungen auf höchstens 90 % des maximalen, in Artikel 3 der Vertrags genannten Auftragswerts beläuft; die restlichen 10 % stellen die Mindestabschlusszahlung dar;
4. den Saldo des in Artikel 3 des Vertrags genannten Auftragswerts innerhalb von 60 Tagen, nachdem der öffentliche Auftraggeber eine Abschlussrechnung zusammen mit dem abschließenden Fortschrittsbericht erhalten hat, vorbehaltlich der Annahme dieses Berichts in Einklang mit Artikel 27.

- 29.2 Als Zahlungsdatum gilt das Datum, an dem das Zahlungskonto belastet wird. Unbeschadet Artikel 36 Absatz 2 kann der öffentliche Auftraggeber das Ablaufende dieser Frist für einen Teil des in Rechnung gestellten und vom Projektmanager angefochtenen Betrags

aussetzen, indem er den Auftragnehmer darüber in Kenntnis setzt, dass ein Teil der Rechnung unzulässig ist, da der fragliche Betrag nicht fällig ist oder der zugehörige Bericht nicht angenommen werden kann und es der öffentliche Auftraggeber für notwendig erachtet, weitere Prüfungen durchzuführen.36.2 In derartigen Fällen hält der öffentliche Auftraggeber den unstrittigen Teil des in Rechnung gestellten Betrags nicht in unangemessener Weise zurück, sondern er kann um Klarstellung, Änderung oder zusätzliche Informationen bitten, welche innerhalb von 30 Tagen ab Anforderung bereitgestellt wird. Die Frist beginnt ab dem Tag wieder zu laufen, an dem eine korrekt formulierte Rechnung beim öffentlichen Auftraggeber eingeht.

29.3 Nach Ablauf der vorgenannten Frist kann der Auftragnehmer innerhalb von zwei Monaten nach Erhalt der verspäteten Zahlung Anspruch geltend machen auf Verzugszinsen

- zu dem von der Europäischen Zentralbank für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte zugrunde gelegten und in der Reihe C des Amtsblatts der Europäischen Union veröffentlichten Zinssatz für Zahlungen in Euro,
- falls die Zahlungen in der Währung des Landes des öffentlichen Auftraggebers erfolgen, zu dem Rediskontsatz der Zentralbank dieses Landes,

der am ersten Tag des Monats gilt, in dem die Frist abgelaufen ist, zuzüglich acht Prozentpunkten. Die Verzugszinsen werden für den Zeitraum vom Tag nach Ablauf der Zahlungsfrist bis einschließlich des Tages berechnet, an dem das Konto des öffentlichen Auftraggebers belastet wird.

29.4 Vom öffentlichen Auftraggeber zu leistende Zahlungen werden auf das Bankkonto geleistet, das auf dem vom Auftragnehmer ausgefüllten Formular „Finanzangaben“ genannt wurde. Bei einer Änderung der Bankverbindung ist ein neues Formular „Finanzangaben“ auszufüllen und der Rechnung beizulegen.

29.5 Die Zahlungen erfolgen gemäß den Bestimmungen der Besonderen Bedingungen in Euro oder in Landeswährung. Die verwaltungsmäßigen oder technischen Bedingungen, unter denen die Vorfinanzierung, die Zwischen- und/oder die Abschlusszahlungen gemäß den Allgemeinen Bedingungen geleistet werden, sind in den Besonderen Bedingungen festgelegt. Bei Zahlungen in Euro werden für die Zwecke der Rückstellung für die Nebenkosten die tatsächlichen Kosten zu dem Kurs in Euro umgerechnet, der am ersten Arbeitstag desjenigen Monats, in dem die Rechnung datiert ist, auf InforEuro veröffentlicht wurde. Bei Zahlungen in der Landeswährung erfolgt die Umrechnung in die Landeswährung zu dem Kurs, der am ersten Arbeitstag desjenigen Monats, in dem die Zahlung erfolgt, auf InforEuro veröffentlicht wurde.

29.6 Bei Honorarverträgen werden den Rechnungen Kopien oder Auszüge der zugehörigen genehmigten Zeiterfassungsbögen beigelegt, auf die in Artikel 24 Absatz 2 verwiesen wird, um den in Rechnung gestellten Betrag für den Zeiteinsatz der Sachverständigen prüfen zu können.24.2 Mindestens sieben geleistete Arbeitsstunden werden als Äquivalent für einen Arbeitstag angesehen. Für alle Sachverständigen muss der Zeiteinsatz für Abrechnungszwecke auf die nächste ganze Zahl geleisteter Arbeitstage gerundet werden.

29.7 Die Begleichung der Schlussabrechnung erfolgt vorbehaltlich der Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen des Auftragnehmers hinsichtlich der Umsetzung aller Phasen oder Teile der Dienstleistungen und der Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers zur abschließenden Phase bzw. zum abschließenden Teil der Dienstleistungen. Die Abschlusszahlung erfolgt erst, wenn der abschließende Fortschrittsbericht und eine Abschlusserklärung, die als solche gekennzeichnet sind, vom Auftragnehmer vorgelegt und vom öffentlichen Auftraggeber als zufriedenstellend angenommen wurden.

- 29.8 Die Zahlungsverpflichtungen der Europäischen Kommission im Rahmen dieses Vertrags enden spätestens 18 Monate nach Ablauf des Zeitraums der Aufgabendurchführung, sofern der Vertrag nicht gemäß den vorliegenden Allgemeinen Bedingungen gekündigt wird.
- 29.9 Vor oder anstelle der Kündigung des Vertrages nach Artikel 64 kann der öffentliche Auftraggeber als Vorsichtsmaßnahme die Zahlungen ohne Ankündigung aussetzen.
- 29.10 Stellt sich heraus, dass das Vergabeverfahren oder die Vertragserfüllung mit schwerwiegenden Fehlern oder Unregelmäßigkeiten behaftet ist oder dass Betrug vorliegt und dies auf den Auftragnehmer zurückzuführen ist, so kann der öffentliche Auftraggeber je nach dem Schweregrad der Fehler, der Unregelmäßigkeiten oder des Betrugs zusätzlich zu der Möglichkeit, die Vertragserfüllung gemäß Artikel 35 Absatz 3 auszusetzen und den Vertrag gemäß Artikel 36 zu kündigen, beschließen, keine Zahlungen zu leisten bzw. sich bereits geleistete Zahlungen erstatten zu lassen.
- 29.11 Wird der Auftrag aus irgendeinem Grund gekündigt, so kann die Sicherheitsleistung für die Vorfinanzierung sofort zum Ausgleich der vom Auftragnehmer noch geschuldeten Vorfinanzierung in Anspruch genommen werden, wobei der Sicherheitsgeber die Zahlung aus keinem Grund verzögern und keine Einwände dagegen erheben darf.

ARTIKEL 30 SICHERHEITSLEISTUNG

- 30.1 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes vorgesehen ist, hinterlegt der Auftragnehmer eine Sicherheitsleistung über die gesamte Höhe der Vorfinanzierungszahlung. Die Sicherheitsleistung ist in der im Vertrag vorgegebenen Form zu stellen; sie kann in Form einer Bankgarantie, eines Bankwechsels, eines bestätigten Schecks, einer von einer Versicherungs- und/oder einer Kautionsversicherungsgesellschaft abgegebenen Bürgschaftserklärung, eines unwiderruflichen Akkreditivs oder in Form einer Bareinlage beim öffentlichen Auftraggeber beigebracht werden. Soll die Sicherheitsleistung in Form einer Bankgarantie, eines Bankwechsels, eines bestätigten Schecks oder einer Bürgschaftserklärung beigebracht werden, so ist sie von einer Bank oder Kautionsversicherungs- und/oder Versicherungsgesellschaft zu stellen, die vom öffentlichen Auftraggeber akzeptiert wird. Diese Sicherheitsleistung ist so lange gültig, bis sie gegebenenfalls vom öffentlichen Auftraggeber gemäß Artikel 30 Absätze 5 oder 6 freigegeben wird. Handelt es sich bei dem Auftragnehmer um eine öffentliche Einrichtung, kann in Abhängigkeit einer durchgeführten Risikobewertung auf die Verpflichtung zu einer Sicherheitsleistung verzichtet werden.
- 30.2 Die Sicherheitsleistung ist unter Verwendung der Vorlage in Anhang VI auf Papier mit dem Briefkopf der Finanzinstitution auszufertigen.
- 30.3 Erlischt die Sicherheitsleistung und sorgt der Auftragnehmer nicht dafür, dass sie wieder gültig wird, so kann der öffentliche Auftraggeber entweder Abzüge in Höhe der Vorfinanzierung von künftigen an den Auftragnehmer vertragsgemäß zu leistenden Zahlungen vornehmen oder der öffentliche Auftraggeber kann den Auftragnehmer förmlich auffordern, eine neue Sicherheit zu den denselben Bedingungen wie die vorige zu leisten. Stellt der Auftragnehmer keine neue Sicherheit, kann der öffentliche Auftraggeber den Vertrag kündigen.
- 30.4 Wird der Vertrag aus beliebigem Grund gekündigt, kann die Sicherheitsleistung unverzüglich in Anspruch genommen werden, um einen Betrag zurückzuzahlen, den der Auftragnehmer dem öffentlichen Auftraggeber noch schuldet, und der Sicherheitsgeber darf die Zahlung weder verzögern noch Widerspruch gegen sie einlegen.
- 30.5 Bei Honorarverträgen wird die etwaige Sicherheit erst freigegeben, wenn die zugehörige Vorfinanzierung gemäß Artikel 29 Absatz 1 verrechnet wurde.

- 30.6 Bei Pauschalpreisverträgen bleibt die Sicherheitsleistung bis zur erfolgten Abschlusszahlung gültig.

ARTIKEL 31 EINZIEHUNG VON FORDERUNGEN BEIM AUFTRAGNEHMER

- 31.1 Der Auftragnehmer hat alle über den fälligen Auftragsendwert hinausgehenden gezahlten Beträge an den öffentlichen Auftraggeber zurückzuzahlen, und zwar vor der in der Lastschriftanzeige genannten Frist, d. h. innerhalb von 45 Tagen ab Ausstellung der Anzeige.
- 31.2 Sollte der Auftragnehmer die Rückzahlung nicht innerhalb der vorstehend genannten Frist leisten, kann der öffentliche Auftraggeber (sofern es sich bei dem Auftragnehmer nicht um eine Regierungsbehörde oder eine öffentliche Einrichtung eines Mitgliedstaats der Europäischen Union handelt) Zinsen auf diese Beträge aufschlagen, und zwar,
- falls die Zahlungen in der Währung des Landes des öffentlichen Auftraggebers erfolgen, zu dem Rediskontsatz der Zentralbank dieses Landes,
 - zu dem von der Europäischen Zentralbank für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte zugrunde gelegten und in der Reihe C des Amtsblatts der Europäischen Union veröffentlichten Zinssatz für Zahlungen in Euro,
- der am ersten Tag des Monats gilt, in dem die Frist abgelaufen ist, zuzüglich acht Prozentpunkten. Die Verzugszinsen fallen für die Zeit zwischen der Zahlungsfrist und dem Datum, an dem die Zahlung tatsächlich erfolgt, an. Etwaige Teilzahlungen decken zunächst die auf diese Weise anfallenden Zinsen.
- 31.3 An den öffentlichen Auftraggeber zurückzuzahlende Beträge können mit Beträgen jeglicher Art verrechnet werden, die an den Auftragnehmer zu zahlen sind. Hiervon unberührt bleibt das Recht der Parteien, eine Zurückzahlung in Form von Teilbeträgen zu vereinbaren.
- 31.4 Bankgebühren, die aus der Rückzahlung von Beträgen entstehen, die dem öffentlichen Auftraggeber zustehen, sind vollständig vom Auftragnehmer zu tragen.
- 31.5 Unbeschadet der Befugnis des öffentlichen Auftraggebers kann die Europäische Union erforderlichenfalls als Geber die Beträge mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einziehen.

ARTIKEL 32 PREISANPASSUNG

- 32.1 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes vorgesehen ist, gelten die Preise für den Auftrag als unveränderliche Festpreise.

ARTIKEL 33 ZAHLUNG AN DRITTE

- 33.1 Anweisungen für Zahlungen an Dritte können nur aufgrund einer Übertragung nach Artikel 3 ausgeführt werden. Die Übertragung ist dem öffentlichen Auftraggeber anzuzeigen.
- 33.2 Für die Benachrichtigung der Begünstigten einer Übertragung ist ausschließlich der Auftragnehmer zuständig.
- 33.3 Bei einer rechtsverbindlichen Beschlagnahmung des Vermögens des Auftragnehmers, die sich auf an ihn fällige Zahlungen im Rahmen des Vertrags auswirkt, hat der öffentliche Auftraggeber unbeschadet der in Artikel 29 festgelegten zeitlichen Beschränkung ab dem Datum, an dem er die Benachrichtigung über die endgültige Beseitigung des Hindernisses

für die Zahlung erhält, eine Frist von 30 Tagen, um die Zahlungen an den Auftragnehmer wieder aufzunehmen.

VERTRAGSBRUCH, AUSSETZUNG UND BEENDIGUNG

ARTIKEL 34 VERTRAGSBRUCH

- 34.1 Beide Parteien begehen einen Vertragsbruch, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht in Einklang mit den Vertragsbestimmungen nachkommen.
- 34.2 Bei einem Vertragsbruch ist die geschädigte Partei zu folgenden Maßnahmen berechtigt:
- a) Forderung von Schadenersatz und/oder
 - b) Kündigung des Vertrags.
- 34.3 Schadenersatz kann in folgender Form gefordert werden:
- a) allgemeiner Schadenersatz oder
 - b) Vertragsstrafen.
- 34.4 Sollte der Auftragnehmer eine seiner Verpflichtungen nicht nach den Bestimmungen des Vertrags erfüllen, so ist der öffentliche Auftraggeber unbeschadet seines Rechts nach Artikel 34 Absatz 2 außerdem berechtigt, folgende Maßnahmen zu treffen:
- a) Aussetzung der Zahlungen und/oder
 - b) Kürzung oder Einziehung von Zahlungen proportional zur Nichterfüllung.
- 34.5 Ist der öffentliche Auftraggeber berechtigt, Schadenersatz zu verlangen, so kann er die betreffende Summe von den dem Auftragnehmer geschuldeten Beträgen oder von der betreffenden Sicherheitsleistung abziehen.
- 34.6 Nach Maßgabe der für den Vertrag geltenden Rechtsvorschriften hat der öffentliche Auftraggeber Anspruch auf Ersatz für Schäden, die nach Ausführung des Auftrags festgestellt werden.

ARTIKEL 35 AUSSETZUNG DES VERTRAGS

- 35.1 Der Auftragnehmer setzt auf Anordnung des öffentlichen Auftraggebers die Ausführung des Vertrags oder von Teilen davon so lange, so oft und in der Art und Weise aus, wie es der öffentliche Auftraggeber für erforderlich hält. Die Aussetzung wird an dem Tag, an dem diese Anordnung beim Auftragnehmer eingeht, oder zu einem späteren Zeitpunkt wirksam, wenn dies in der Anordnung so vorgesehen ist.
- 35.2 Vertragsaussetzung im Falle von mutmaßlichen schwerwiegenden Fehler oder von Unregelmäßigkeit oder Betrug: Der Vertrag kann ausgesetzt werden, um nachzuprüfen, ob mutmaßliche schwerwiegende Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug tatsächlich während des Vergabeverfahrens oder bei der Vertragserfüllung begangen wurden. Wird dies nicht bestätigt, kann die Vertragserfüllung so bald wie möglich wiederaufgenommen werden.
- 35.3 Während der Aussetzung trifft der Auftragnehmer die möglicherweise erforderlichen Schutzvorkehrungen.

- 35.4 Zusätzliche Kosten im Zusammenhang mit solchen Schutzvorkehrungen sind dem vertraglich vereinbarten Preis hinzuzufügen, es sei denn,
- a) sie sind an anderer Stelle im Vertrag vorgesehen oder
 - b) die Aussetzung ist wegen eines Verstoßes oder Versäumnisses des Auftragnehmers erforderlich oder
 - c) die in Artikel 35 Absatz 2 genannten mutmaßlichen schwerwiegenden Fehler, Unregelmäßigkeiten oder der Betrug wurden bestätigt und sind dem Auftragnehmer anzulasten.
- 35.5 Der Auftragnehmer darf Aufschläge zum vertraglich vereinbarten Preis nur dann vornehmen, wenn er den Projektmanager innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der Anordnung, die Vertragsausführung auszusetzen, von seiner Absicht unterrichtet, eine solche Forderung zu stellen.
- 35.6 Nach Konsultation des Auftragnehmers bestimmt der öffentliche Auftraggeber die ihm recht und billig erscheinende zusätzliche Zahlung und/oder Verlängerung des Durchführungszeitraums, die dem Auftragnehmer aufgrund einer solchen Forderung einzuräumen ist.
- 35.7 So bald wie möglich fordert der öffentliche Auftraggeber den Auftragnehmer auf, die ausgesetzte Vertragserfüllung wieder aufzunehmen, oder teilt ihm die Kündigung des Vertrags mit. Dauert die Aussetzung länger als 180 Tage und ist sie nicht auf einen Vertragsbruch oder ein Versäumnis des Auftragnehmers zurückzuführen, so kann der Auftragnehmer durch Mitteilung an den öffentlichen Auftraggeber entweder um die Erlaubnis ersuchen, die Vertragserfüllung innerhalb von 30 Tagen wieder aufzunehmen, oder den Vertrag kündigen.

ARTIKEL 36 KÜNDIGUNG DURCH DEN ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBER

- 36.1 Der öffentliche Auftraggeber kann, außer in den Fällen nach Artikel 36 Absatz 2, den Auftrag jederzeit mit sofortiger Wirkung kündigen.
- 36.2 Sofern in diesen Allgemeinen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, kann der öffentliche Auftraggeber den Vertrag mit einer Frist von sieben Tagen kündigen, wenn
- (a) beim Auftragnehmer ein schwerer Vertragsbruch wegen Nichterfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen festgestellt wurde;
 - (b) der Auftragnehmer nicht innerhalb einer angemessenen Frist der schriftlichen Aufforderung des Projektmanagers nachkommt, eine Unterlassung oder Nichterfüllung seiner vertraglichen Pflichten zu beheben, durch die die ordnungsgemäße und fristgerechte Erbringung der Dienstleistungen ernsthaft beeinträchtigt wird;
 - (c) der Auftragnehmer sich weigert oder es versäumt, Verwaltungsanweisungen des Projektmanagers Folge zu leisten;
 - (d) der Auftragnehmer den Auftrag oder Teilaufträge ohne Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers überträgt;
 - (e) der Auftragnehmer sich im Konkursverfahren, in Liquidation oder im gerichtlichen Vergleichsverfahren befindet oder seine gewerbliche Tätigkeit eingestellt hat oder sich aufgrund eines in den einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehenen gleichartigen Verfahrens in einer vergleichbaren Lage befindet;

- (f) eine strukturelle Änderung eintritt, die eine Änderung der Rechtspersönlichkeit und der Art des Auftragnehmers sowie des Kontrollverhältnisses, in dem sich der Auftragnehmer befindet, zur Folge hat, es sei denn, diese Änderung wird in einem Zusatzvertrag zu Protokoll genommen;
 - (g) ein anderes rechtliches Hindernis für die Vertragserfüllung besteht;
 - (h) der Auftragnehmer nicht die verlangte Sicherheit oder einen Versicherungsvertrag beibringt oder wenn die Person, die die Sicherheit oder den Versicherungsschutz bisher bestellt hat, nicht in der Lage ist, ihre Verpflichtungen einzuhalten;
 - (i) der Auftragnehmer im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, welche auf eine Art und Weise nachgewiesen wurde, die der öffentlichen Auftraggeber rechtfertigen kann;
 - (j) der Auftragnehmer rechtskräftig wegen Betrugs, Korruption, Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, Geldwäsche oder einer anderen gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichteten Handlung verurteilt wurde;
 - (k) bei der Erfüllung eines anderen aus dem EU-Haushalt/ dem EEF finanzierten Vertrags ein schwerer Vertragsbruch seitens des Auftragnehmers festgestellt wurde;
 - (l) sich nach Zuschlagserteilung herausstellt, dass das Vergabeverfahren oder die Vertragserfüllung mit schwerwiegenden Fehlern oder Unregelmäßigkeiten behaftet ist oder dass Betrug vorliegt;
 - (m) bei dem Vergabeverfahren oder der Erfüllung eines anderen aus dem EU-Haushalt oder dem EEF finanzierten Vertrags festgestellt wurde, dass schwerwiegende Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug begangen wurden, die sich wahrscheinlich auf die Ausführung des vorliegenden Vertrags auswirken;
 - (n) der Auftragnehmer es versäumt, während eines Zeitraums von sieben Jahren nach der Abschlusszahlung zu dem Vertrag die vertragsrelevanten Aufzeichnungen aufzubewahren;
 - (o) der Auftragnehmer seinen Verpflichtungen gemäß den Artikeln 8 und 9 nicht nachkommt;
 - (p) der Auftragnehmer nicht in der Lage ist, geeigneten Ersatz für einen Sachverständigen bereitzustellen, dessen Fehlen die ordnungsgemäße Vertragserfüllung beeinträchtigt.
- 36.3 Durch die Kündigung des Vertrags bleiben andere Rechte oder Befugnisse des öffentlichen Auftraggebers und des Auftragnehmers, die sich aus dem Vertrag ergeben, unberührt. Der öffentliche Auftraggeber kann die Dienstleistungen danach selbst zum Abschluss bringen oder für Rechnung des Auftragnehmers einen neuen Vertrag mit einem Dritten abschließen. Die Haftung des Auftragnehmers für den verspäteten Abschluss der Dienstleistungen endet mit sofortiger Wirkung zu dem Zeitpunkt, zu dem der öffentliche Auftraggeber den Vertrag kündigt; eine Haftung für bereits vor diesem Zeitpunkt eingetretene Verzögerungen bleibt hiervon unberührt.
- 36.4 Nach Kündigung des Vertrags oder nach entsprechender Unterrichtung sorgt der Auftragnehmer unverzüglich dafür, dass die Dienstleistungen umgehend und ordnungsgemäß eingestellt und die Kosten auf ein Mindestmaß begrenzt werden.
- 36.5 Nach der Kündigung bescheinigt der Projektmanager so bald wie möglich den Wert der Dienstleistungen und alle dem Auftragnehmer am Tag der Kündigung geschuldeten Beträge.

- 36.6 Der öffentliche Auftraggeber ist bis zum Abschluss der Dienstleistungen zu keinen weiteren Zahlungen an den Auftragnehmer verpflichtet. Nach Abschluss der Dienstleistungen ist der öffentliche Auftraggeber berechtigt, vom Auftragnehmer die Erstattung der für den Abschluss der Dienstleistungen gegebenenfalls entstandenen zusätzlichen Kosten zu verlangen, oder verpflichtet, dem Auftragnehmer den diesem vor der Kündigung noch geschuldeten Restbetrag zu bezahlen.
- 36.7 Kündigt der öffentliche Auftraggeber den Vertrag, so ist er - unbeschadet der sonstigen ihm vertragsgemäß zustehenden Rechtsmittel – berechtigt, vom Auftragnehmer neben den zusätzlichen Kosten für den Abschluss des Auftrags für alle erlittenen Verluste bis zur Höhe des Wertes der nicht zufriedenstellend erbrachten Leistungen Ersatz zu verlangen, sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes vereinbart ist.
- 36.8 Ist die Kündigung nicht auf eine Handlung oder Auslassung des Auftragnehmers, auf höhere Gewalt oder auf andere außerhalb der Kontrolle des öffentlichen Auftraggebers liegende Umstände zurückzuführen, ist der Auftragnehmer berechtigt, zusätzlich zu den ihm zustehenden Zahlungen für bereits erbrachte Leistungen eine Entschädigung für den erlittenen Schaden zu verlangen.
- 36.9 Dieser Vertrag endet automatisch, wenn er innerhalb von drei Jahren nach seiner Unterzeichnung durch beide Parteien nicht zu einer Zahlung geführt hat.

ARTIKEL 37 KÜNDIGUNG DURCH DEN AUFTRAGNEHMER

- 37.1 Der Auftragnehmer kann den Vertrag mit einer Frist von 14 Tagen kündigen, wenn der öffentliche Auftraggeber
- (a) ihm die geschuldeten Beträge nach Ablauf der in Artikel 29 genannten Frist nicht innerhalb von 120 Tagen gezahlt hat oder
 - (b) nach mehrfacher Mahnung seine vertraglichen Pflichten weiterhin nicht erfüllt oder
 - (c) den Fortgang der Dienstleistungen oder eines Teils davon länger als 90 Tage aus Gründen unterbricht, die weder im Vertrag genannt sind noch auf einem Verstoß oder Versäumnis des Auftragnehmers beruhen.
- 37.2 Durch eine derartige Kündigung bleiben alle anderen, im Rahmen des Vertrags erworbenen vertraglichen Rechte des öffentlichen Auftraggebers oder des Auftragnehmers unberührt.
- 37.3 Im Falle einer derartigen Kündigung ersetzt der öffentliche Auftraggeber dem Auftragnehmer alle Verluste oder Schäden, die diesem gegebenenfalls entstanden sind. Diese zusätzliche Zahlung darf nicht so hoch sein, dass die Gesamtzahlungen den in Artikel 3 des Vertrags festgelegten Betrag überschreiten.

ARTIKEL 38 HÖHERE GEWALT

- 38.1 Von einer Nichterfüllung oder Verletzung der vertraglichen Pflichten durch eine Partei ist nicht auszugehen, wenn die Erfüllung dieser Pflichten durch ein Ereignis höherer Gewalt verhindert wird, das nach dem Zeitpunkt der Mitteilung über die Zuschlagserteilung oder nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags eintritt.
- 38.2 Als „höhere Gewalt“ in diesem Sinne gelten unvorhersehbare Ereignisse, die sich dem Einfluss der beiden Parteien entziehen und deren Ende keine der beiden Parteien trotz gebührender Beachtung der ihr obliegenden Sorgfaltspflicht herbeiführen kann, wie unabwendbare Ereignisse, Streiks, Aussperrungen oder sonstige Betriebsunruhen, Handlungen von Staatsfeinden, erklärte und nicht erklärte Kriege, Blockaden, Aufstände,

Aufbruch, Epidemien, Erdbeben, Erdbeben, Stürme, Blitzschlag, Überschwemmungen, Überschwemmungen, Störungen der öffentlichen Ordnung oder Explosionen. Ein Beschluss der Europäischen Union über die Aussetzung der Zusammenarbeit mit dem Empfängerland ist als höhere Gewalt zu betrachten, wenn dies die Aussetzung der Finanzierung im Rahmen dieses Vertrags zur Folge hat.

- 38.3 Unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 19 und 35 entfallen die Vertragsstrafen oder die Kündigung wegen eines Vertragsbruchs oder Versäumnisses, wenn und soweit der Leistungsverzug des Auftragnehmers oder sein sonstiges Unvermögen, seine vertraglichen Pflichten zu erfüllen, auf höhere Gewalt zurückzuführen sind. Ebenso wenig hat der öffentliche Auftraggeber, unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 29 und 37, bei Zahlungsverzug Zinsen zu zahlen oder eine Nichterfüllung bzw. eine Kündigung seitens des Auftragnehmers wegen eines Vertragsbruchs oder Versäumnisses zu verantworten, wenn und soweit der Leistungsverzug des öffentlichen Auftraggebers oder sein sonstiges Unvermögen, seine vertraglichen Pflichten zu erfüllen, auf höhere Gewalt zurückzuführen ist.
- 38.4 Ist eine Partei der Auffassung, dass ein Ereignis höherer Gewalt eingetreten ist, das die Erfüllung ihrer Pflichten beeinträchtigen könnte, so benachrichtigt sie umgehend die andere Partei und den Projektmanager unter Angabe der Art, der voraussichtlichen Dauer und der vermutlichen Auswirkungen dieses Ereignisses. Falls keine anderslautende schriftliche Weisung des Projektmanagers vorliegt, setzt der Auftragnehmer die Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten soweit zumutbar fort und bemüht sich, tragbare Ersatzleistungen zur Erfüllung seiner Pflichten zu erbringen, denen das Ereignis höherer Gewalt nicht entgegensteht. Der Auftragnehmer führt solche Ersatzleistungen nur auf Weisung des Projektmanagers aus.
- 38.5 Bei einem Honorarvertrag sind zusätzliche Kosten, die dem Auftragnehmer dadurch entstehen, dass er den Weisungen des Projektmanagers nachkommt oder Ersatzleistungen im Sinne von Artikel 38 Absatz 4 erbringt, vom Projektmanager zu bescheinigen.38.4
- 38.6 Dauert ein Ereignis höherer Gewalt 180 Tage an, so kann jede der beiden Parteien ungeachtet der Verlängerungsfrist, die dem Auftragnehmer aus diesem Grund gegebenenfalls für den Abschluss des Auftrags gewährt worden ist, der anderen Partei den Auftrag mit einer Frist von 30 Tagen schriftlich kündigen. Dauert die höhere Gewalt nach Ablauf der 30-tägigen Frist weiterhin an, so endet das Vertragsverhältnis und folglich auch – nach Maßgabe der für den Auftrag geltenden Rechtsvorschriften – die Verpflichtung der Parteien zur weiteren Vertragserfüllung.

ARTIKEL 39 TOD

- 39.1 Handelt es sich bei dem Auftragnehmer um eine natürliche Person, so endet das Vertragsverhältnis automatisch mit dem Tod dieser Person. Bekunden die Erben oder die Anspruchsberechtigten jedoch die Absicht, den Auftrag zu übernehmen, so prüft der öffentliche Auftraggeber ihren Vorschlag.
- 39.2 Handelt es sich bei dem Auftragnehmer um mehrere natürliche Personen und sterben eine oder mehrere dieser Personen, so fertigen die Parteien einvernehmlich eine Aufstellung über den Stand des Auftrags an, und der öffentliche Auftraggeber entscheidet unter Berücksichtigung der von den Überlebenden und gegebenenfalls den Erben oder Anspruchsberechtigten übernommenen Verpflichtungen, ob der Vertrag gekündigt oder weitergeführt werden soll.
- 39.3 In den in Artikel 39 Absätze 1 und 2 genannten Fällen teilen die Personen, die die weitere Durchführung des Vertrags übernehmen wollen, dem öffentlichen Auftraggeber ihre Absicht binnen 15 Tagen nach dem Todesfall mit. Die Entscheidung des öffentlichen

Auftraggebers wird den Betreffenden binnen 30 Tagen nach Eingang ihres Vorschlags bekannt gegeben.

- 39.4 Diese Personen haften gesamtschuldnerisch für die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags im gleichen Umfang wie der verstorbene Auftragnehmer. Für die weitere Ausführung des Vertrags gelten die im Vertrag vorgesehenen Bestimmungen über die Stellung einer Sicherheit.

STREITBEILEGUNG UND ANWENDBARES RECHT

ARTIKEL 40 STREITBEILEGUNG

- 40.1 Die Parteien bemühen sich nach besten Kräften, Streitigkeiten, die in Bezug auf den Vertrag zwischen ihnen entstehen könnten, gütlich beizulegen.
- 40.2 Im Falle einer Streitigkeit setzt eine Partei die andere Partei schriftlich über die Streitigkeit in Kenntnis, legt ihre diesbezügliche Position und die von ihr vorgeschlagene Lösung dar und ersucht um gütliche Regelung. Die andere Partei muss innerhalb von 30 Tagen auf dieses Ersuchen um gütliche Regelung antworten und ihre Position zu der Streitigkeit darlegen. Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, beträgt die maximale Zeitspanne für das Erlangen einer gütlichen Regelung 120 Tage ab dem Datum der Mitteilung, in der um ein solches Verfahren ersucht wird. Sollte eine Partei dem Ersuchen der anderen Partei um gütliche Regelung nicht zustimmen oder nicht rechtzeitig auf dieses Ersuchen reagieren oder sollte innerhalb des maximalen Zeitraums keine gütliche Regelung erzielt werden, so ist das Verfahren für die gütliche Regelung als fehlgeschlagen anzusehen.
- 40.3 Kommt es nicht zu einer gütlichen Regelung, kann eine Partei die andere Partei schriftlich darüber in Kenntnis setzen, dass sie um Schlichtung durch einen Dritten ersucht. Ist die Europäische Kommission nicht Partei des Vertrags, kann sie ersucht werden, in einem solchen Fall als Schlichter zu fungieren. Die andere Partei hat binnen 30 Tagen auf das Ersuchen um Schlichtung zu reagieren. Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, beträgt die maximale Zeitspanne für das Erlangen einer Einigung durch Schlichtung 120 Tage ab dem Datum der Mitteilung, in der um ein solches Verfahren ersucht wird. Sollte eine Partei dem Ersuchen der anderen Partei um Schlichtung nicht zustimmen oder nicht rechtzeitig auf dieses Ersuchen reagieren oder sollte innerhalb des maximalen Zeitraums keine Schlichtung erzielt werden, so ist das Schlichtungsverfahren als fehlgeschlagen anzusehen.
- 40.4 Wenn das Verfahren der gütlichen Regelung und gegebenenfalls das Schlichtungsverfahren fehlschlagen, kann jede der Parteien gemäß den Besonderen Bedingungen die Streitigkeit entweder zur Entscheidung an ein nationales Gericht oder an eine nationale Schlichtungsstelle verweisen.

ARTIKEL 41 ANWENDBARES RECHT

- 41.1 Für diesen Vertrag gilt das Recht des Landes des öffentlichen Auftraggebers oder, wenn der öffentliche Auftraggeber die Europäische Kommission ist, das EU-Recht, das gegebenenfalls durch belgisches Recht ergänzt wird.

ARTIKEL 42 DATENSCHUTZ

- 42.1 Alle personenbezogenen Daten, die in diesem Vertrag enthalten sind, werden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Europäischen Union und zum freien Datenverkehr verarbeitet. Die Verarbeitung dieser Daten erfolgt einzig und allein

zum Zweck der Erfüllung, Verwaltung und Überwachung des Vertrags durch den öffentlichen Auftraggeber. Sie können jedoch den Stellen, die nach Maßgabe des EU-Rechts Überwachungs- oder Überprüfungsaufgaben wahrnehmen, übermittelt werden. Der Auftragnehmer hat das Recht, auf seine personenbezogenen Daten zuzugreifen und sie gegebenenfalls zu berichtigen. Bei etwaigen Fragen zur Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten muss sich der Auftragnehmer an den öffentlichen Auftraggeber wenden. Der Auftragnehmer kann jederzeit beim Europäischen Datenschutzbeauftragten Beschwerde einlegen.

Erfordert der Vertrag die Verarbeitung personenbezogener Daten, darf der Auftragnehmer nur auf Weisung des für die Verarbeitung der Daten Zuständigen handeln, insbesondere was den Zweck der Verarbeitung, die Kategorien der zu verarbeitenden Daten, die Empfänger der Daten und die Möglichkeiten der betreffenden Person, ihre Rechte auszuüben, anbelangt.

Die Daten sind vertraulich im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr. Der Auftragnehmer gestattet nur dem zur Erfüllung, Verwaltung und Überwachung des Vertrags unbedingt erforderlichen Personal den Zugriff auf die Daten.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, unter Berücksichtigung der inhärenten Risiken der Verarbeitung und der jeweiligen Art der personenbezogenen Daten geeignete technische und organisatorische Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, um

- a) zu verhindern, dass Unbefugte Zugang zu Datenverarbeitungssystemen erhalten, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, insbesondere:
 - aa) unbefugtes Lesen, Kopieren, Ändern oder Entfernen von Datenträgern;
 - ab) unbefugte Dateneingabe, Weitergabe, Änderung oder Löschung gespeicherter personenbezogener Daten;
 - ac) Benutzung von Datenverarbeitungssystemen durch Unbefugte mit Hilfe von Einrichtungen zur Datenübertragung;
- b) zu gewährleisten, dass die zur Benutzung eines Datenverarbeitungssystems Berechtigten ausschließlich auf die personenbezogenen Daten zugreifen können, auf die sich ihre Zugriffsberechtigung erstreckt;
- c) zu erfassen, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit an wen übermittelt worden sind;
- d) zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten, die im Auftrag Dritter verarbeitet werden, nur entsprechend den Weisungen des auftraggebenden Organs oder der auftraggebenden Einrichtung verarbeitet werden können;
- e) sicherzustellen, dass während der Übertragung personenbezogener Daten sowie beim Transport von Datenträgern die Daten nicht unbefugt gelesen, kopiert oder gelöscht werden können;
- f) seine Organisationsstruktur in einer Weise zu gestalten, die den Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird.